1. Tagung

16. Landesparteitag

13.-14. November 2021 in Schkeuditz

Arbeitsheft 3

Informationen
A. Leitantrag
B. Berichte
C. Sachanträge
D. Dringlichkeitsanträge
F. Parteiinterna
K. Kandidaturen

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN

Tipps für Newbies

Du kandidierst zum ersten Mal für ein Parteiamt? Dann sind hier einige Tipps:

- Während der Vorstellungsrunden werden die alphabetisch sortierten Übersichten an der Leinwand eingeblendet. Sokannst du abschätzen, wann in etwa du dran bist.
- Die Tagesleitung sagtimmer, wer sich als nächstes mit der Vorstellung dran ist und wer als übernächstes dran ist und sich schon mal bereit machen und langsam zur Bühne vorkommen kann.
- Das Redepult lässt sich mit einem Knopf hoch und runter stellen, damit du nicht springen oder dich bücken mussst.

Inhaltsverzeichnis 1/2

Informationen

Info Tipps für Newbies 2
Info Hygienekonzept NEU 5

A. Leitantrag

Ä.A.1.7. Änderungsantrag: Strukturwandel 9
Ä.A.1.8. Änderungsantrag: Behindertenfeindlichkeit 10
Ä.A.1.9. Änderungsantrag: Inklusion 11
Ä.A.1.10. Änderungsantrag: Inklusion 12
Ä.A.1.11. Änderungsantrag: Politische Schlussfolgerungen 13
Ä.Ä.A.1.11.1. Ersetzungsantrag: Analyse Wahlkämpfe 15
Ä.A.1.12. Änderungsantrag: Ran an die Bürger*innen! 16
Ä.A.1.13. Änderungsantrag: Partei in Bewegung 18
Ä.A.1.14. Änderungsantrag: Dopplung streichen 20
Ä.A.1.15. Einfügungsantrag: Satzungsparagraph 21
Ä.A.1.16. Einfügungsantrag: Beantragung Mitgliederentscheid 22
Ä.A.1.17. Änderungsantrag: Ergänzung Kommunikationskonzept 23
Ä.A.1.18. Änderungsantrag: Ergänzung politisch-strategische Offensive Landtagsfraktion und LaVo .. 24
Ä.A.1.19. Änderungsantrag: Strukturdebatte konsequent & schnellstmgl. zu Ende führen/Kampagnenkonzept .. 25
Ä.A.1.20. Änderungsantrag: Abschluss Strukturdebatten 26
Ä.A.1.21. Änderungsantrag: Jahr Mitgliederentscheid 27
Ä.A.1.22. Änderungsantrag: Landesparteitag Mitgliederentscheid 28
Ä.A.1.23. Änderungsantrag: Stärkung Strukturen Gesundheitssektor 29
Ä.A.1.24. Änderungsantrag: Stärkere Verankerung in sozialen Bewegungen 30
Ä.A.1.25. Änderungsantrag: Ersetzung Konsequenzen Wahlergebnis 32
Ä.A.1.26. Änderungsantrag: Streichung ggf. 34
Ä.A.1.27. Änderungsantrag: Ergänzung Konferenz 35
Ä.A.1.28. Änderungsantrag: Ergänzung Haustürwahlkampf 36

B. Berichte

B.4. Bericht der Landesfinanzrevisionskommission 38
B.5. Bericht zur Strukturdebatte 39
B.6. Bericht des Landesrates 42
B.7. Wahl- und Wahlkampfauswertung 44

C. Sachanträge

Ä.C.1.1. Änderungsantrag: Einfügung Abschnitt Barrierefreiheit und Nutzungsfähigkeit 53

D. Dringlichkeitsanträge

D.1. Unterstützung Impfkampagne 56

weiter auf der nächsten Seite

Inhaltsverzeichnis 2/2

F. Parteiinterna

Ä.Ä.F.2.1.1. Änderungsantrag zu Ä.A.F.2.1.-Ä.A.F.6.1. 58
Ä.F.7.4. Ergänzung Kreisverbände/Stadtverbände 59
Ä.F.7.5. Änderungsantrag: Evaluierung der Finanzierungsmodelle des Landesverbandes 60

K. Kandidaturen

Info Hinweis 62
Info Kandidaturen 63

DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 253-1

Hygienekonzept der 1. Tagung des 16. Landesparteitages in Schkeuditz (NEU)

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 15. Oktober 2021
zuletzt geändert in der Landesvorstandssitzung vom 5. November 2021

Konzept zur Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen

Veranstaltung:	*1. Tagung des 16. Landesparteitages*
Datum:	*Samstag, 13. und Sonntag, 14. November 2021*
Ort:	*GLOBANA Airport Messe & Conference Center, Münchener Ring 2, 04435 Schkeuditz/Leipzig*
Ansprechpartner:	*Tino Wehner, DIE LINKE. Sachsen, Kleiststr. 10 A, 01129 Dresden*

1. Ausgangslage und Zielstellungen

Durch die vorliegenden Impfangebote für breite Bevölkerungsschichten können Veranstaltungen, Tagungen und Konferenzen inzwischen unter gänzlich anderen Rahmenbedingungen stattfinden als noch im Frühjahr diesen Jahres. Trotzdem müssen Teilnehmer:innen, Mitarbeiter:innen, Pressevertreter:innen und Gäste bestmöglich vor einer Infektion mit SARS-CoV-2 geschützt und die Ausbreitung des Virus weiterhin verhindert werden.

Um diese Ziele zu erreichen, wird der Zutritt zur Veranstaltung nur geimpften, genesenen oder getesteten Personen gestattet und es müssen die AHA+L Regeln von den Teilnehmer:innen weiter eingehalten werden.
Da Stand heute (15. Oktober 2021) nicht absehbar ist, wie sich die für die gesetzlichen Rahmen immer noch relevante Inzidenz im Landkreis Nordsachsen entwickelt, werden die in diesem Konzept beschriebenen Maßnahmen inzidenzunabhängig angewendet.

Laut aktueller sächsischer Corona-Schutz-Verordnung sind für Veranstaltungen Hygienekonzepte schriftlich zu erstellen, umzusetzen und ggf. der zuständigen kommunalen Behörde auf Anfrage zur Prüfung vorzulegen. Das vorliegende Hygienekonzept fasst alle aktuell vorgeschriebenen und durch den Landesverband fakultativ ergriffenen Maßnahmen zusammen. Ferner wurde dieses Hygienekonzept erarbeitet um:

- Dem verantwortlichen Gremium (dem Landesvorstand der LINKEN Sachsen) ein Konzept zur Verfügung zu stellen, auf dessen Grundlage es sich für die Durchführung der Veranstaltung verantwortlich zeichnen kann.

- Den Mitarbeiter:innen der Landesgeschäftsstelle, hinsichtlich des erhöhten Planungsaufwandes durch die Infektionsschutzmaßnahmen, genügend Planungsvorlauf zu bieten.

- Der zuständigen kommunalen Behörde (dem Gesundheitsamt des Landkreises Nordsachsen) auf Anfrage ein Hygienekonzept zur Prüfung vorlegen zu können.

2. Maßnahmen

a) 3G-Regelungen

Zutritt zur Veranstaltung erhält nur, wer geimpft, genesen oder getestet ist.

- **Getestete** Personen müssen am Tag der Beratung einen Negativtest vorlegen, der nicht älter als 24 Stunden ist. Die Kosten des Tests werden übernommen.

- **Geimpfte** können als Nachweis ihren Impfausweis, eine Impf-Ersatzbescheinigung, oder den elektronischen Nachweis durch die CovPass-App oder die Corona-Warn-App vorlegen. Seit der letzten erforderlichen Einzelimpfung müssen mindestens 14 Tage vergangen sein.

- Einmalig Geimpfte, die eine PCR-bestätigte Infektion hinter sich haben gelten ebenfalls als geimpft.

- **Genesene** benötigen den Nachweis für einen positiven PCR-Test, der mindestens 28 Tage und maximal 6 Monate zurückliegt. Dieser Nachweis kann entweder der Laborbefund, eine ärztliche Bescheinigung im Original, oder ein digitaler Nachweis (bspw. per App) sein.

- Zum Abgleich muss neben den Nachweisen immer ein gültiger Personalausweis oder ein anderes Ausweispapier mit sich geführt werden. Geimpfte, genesene und getestete Personen müssen weiterhin die AHA+L-Regeln einhalten und für die Inanspruchnahme der Angebote bzw. Erleichterungen frei von Symptomen sein.

– Unabhängig vom Impfstatus wird allen Teilnehmer:innen empfohlen sich vor Beginn der Tagung selbstständig auf eine vorliegende Covid19-Infektion zu testen.

b) Hygienemaßnahmen

- Personen mit Symptomen, die auf eine SARS-CoV-2-Infektion hindeuten, ist eine Teilnahme an der Tagung untersagt. Alle Teilnehmer:innen werden im Vorfeld der Veranstaltung eindeutig darauf hingewiesen und gebeten, im Zweifelsfall rechtzeitig ihren Kreisverband zu informieren um ggf. den/die Ersatzdelegierte einsetzen zu können.

- Das Tragen einer FFP2-Maske ist im Innenbereich der Halle für alle Teilnehmer:innen Pflicht. Ausgenommen ist der eigene Sitzplatz und weitere Ausnahmen sind Vorstellungsreden, Redebeiträge und Pressefotos.

- Der Veranstalter stellt am Einlass kostenlos FFP2-Masken zur Verfügung.

- An allen Eingängen zur Halle und zum Saal sowie an Toiletten und Arbeitsräumen wird Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt.

- Das Verteilen von Material auf Tischen im Saal, im oder vor dem Objekt ist untersagt.

c) Abstandsregeln

- Der Saal im Tagungsobjekt wird so bestuhlt, dass zwischen jedem Sitzplatz 1,5 Meter Platz sind; Jede:r Teilnehmer:in bekommt einen festen Sitzplatz zugewiesen.

- Der Abstand von 1,5 Meter ist von den Teilnehmer:innen in allen Bereichen des Objektes einzuhalten. Der Veranstalter gewährleistet überall und jederzeit genügen Platz dafür zur Verfügung zu stellen.

- Zusammen mit dem Objekt wird ein Wege-Konzept für das gesamte Tagungsobjekt erarbeitet um Menschenansammlungen zu vermeiden.

d) Kontaktnachverfolgung

- Die Kontakterfassung findet datenschutzkonform über einen QR-Code der Corona-Warn-App oder analog per ausgefülltem Zettel statt.

- Von allen Personen, die sich während des Aufbaues und der Tagung selbst im Veranstaltungsobjekt aufhalten, werden folgende Daten erfasst:

- Name und Vorname
- aktuelle Wohnanschrift
- E-Mailadresse
- Telefonnummer oder Mobiltelefonnummer (so vorhanden)

- Im Falle der Delegierten und Berater:innen werden die Daten aus der Mitgliederdatenbank zum Abgleich vorgelegt.

- Alle Teilnehmer:innen werden im Vorfeld gebeten, die Corona-Warn-App des Robert-Koch-Institutes auf ihrem Smartphone (so vorhanden) zu installieren und während der Versammlung sowie der An- und Abreise aktiviert zu haben. Die Bitte wird mit Hinweis auf die hohen Datenschutzstandards der App versehen und ein kurzer Installations-Hinweis bei den Antrags-Unterlagen eingefügt.

e) Kinderbetreuung

- Eine Kinderbetreuung wird unter Einhaltung aller Infektionsschutzmaßnahmen angeboten. Schulpflichtige Kinder gelten als getestet.

Leitantrag

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.7. Änderungsantrag: Strukturwandel

Einreicher*innen: LAG betrieb&gewerkschaft

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung in Z. 80: einfügen

c) Der Strukturwandel in der Braunkohle und der Auto- und Metallindustrie einschließlich ihren Zuliefer*innen sowie die Wirkung der kapitalistischen Digitalisierung trifft viele Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Der wirtschaftliche Umschwung hat umfassende Auswirkungen auf die konkrete Situation der lohnabhängig Beschäftigten und ihre Familien. Diesen Herausforderungen werden wir uns stellen und konkrete Angebote unterbreiten. Hierbei ist es uns wichtig, das verlorengegangene Vertrauen, im Besonderen der Arbeiter*innen/Angestellten, in die Umsetzung unserer Angebote zu den Wahlen und im Prozess der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen zu gewinnen und sie als Wähler*innen für linke Politik zu motivieren.

d) Gerade die Corona-Pandemie hat uns verdeutlicht, dass es einer grundsätzlichen Veränderung der Situation im Gesundheitswesen bedarf. In den Mittelpunkt stellen wir hierbei die Verbesserung der Arbeits-und Lohnbedingungen der in diesen Bereich Beschäftigten in den Krankenhäusern und in der Altenpflege sowie die ärztliche Versorgung.
Für uns gilt weiterhin, den Pflegenotstand zu stoppen und die weitere Privatisierung von Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zu verhindern. Das Betreiben von Pflegeheimen und Krankenhäuser gehört in kommunale Verantwortung.

Begründung:

Mit diesen Ergänzungen möchten wir verdeutlichen, dass die genannten Schwerpunkte die inhaltliche und strategische Ausrichtung unseres Landesverbandes ebenfalls bestimmen wird.
Gegenüber der Gesellschaft, den Menschen und im Besonderen gegenüber den Betroffenen wollen wir verdeutlichen, wir übernehmen Verantwortung für den Prozess der nachhaltigen Umstrukturierung in der Gesellschaft, in der wirtschaftlichen Entwicklung und in Bereichen der Arbeitswelt.
Gerade die vergangen Wahlen auf allen Ebenen haben verdeutlicht, dass wir im Bereich der lohnabhängig Beschäftigten Vertrauen verloren haben und sie sich von linken Politikansätzen abwenden.
Deshalb ist es notwendig, dass wir uns diesen Herausforderungen stellen und sie unser politisches Wirken ebenfalls bestimmen und wir sie als potentielle Wähler*innen wieder gewinnen.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.8. Änderungsantrag: Behindertenfeindlichkeit

Einreicher*innen: Ann-Kathrin Legath, Birger Höhn (Landesinklusionsbeauftragte)

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung in Z. 12: einfügen

„[...] gegen Ausbeutung, **Behindertenfeindlichkeit,** Diskriminierung und Unterdrückung“

Begründung:

2021 gab es eine deutliche Zunahme von Behindertenfeindlichkeit bundesweit. Zumindest wurden diese öffentlich mehr bekannt. Die Vorfälle, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe in Nordrhein-Westfalen zu Jahresbeginn bekannt wurden, sind ein deutlicher Beleg dafür. Da gab es in einer großen Einrichtung der Behindertenhilfe Strafanzeigen gegen mehrere Beschäftigte, wegen des Verdachts des Freiheitsentzuges behinderter Bewohner, in manchen Fällen kamen auch körperliche Gewalt hinzu. In Potsdam wurden Ende April 2021 fünf behinderte Menschen in einem Behindertenwohnheim von einer Mitarbeiterin umgebracht. Potsdam ist prinzipiell leider überall möglich, auch in Sachsen. Laut einer Pressemitteilung des Antidiskriminierungsbüros Sachsen vom 01.07.2021 werden in Sachsen 31 % behinderte Menschen strukturell diskriminiert. Es muss Anspruch von DIE LINKE Sachsen sein, konsequenter „Anwalt“ in Parlamenten und der Gesellschaft dagegen zu sein.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.9. Änderungsantrag: Inklusion

Einreicher*innen: Ann-Kathrin Legath, Birger Höhn (Landesinklusionsbeauftragte)

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung in Z. 34: einfügen

„[...] und des Friedens **sowie der Inklusion**“

Begründung:

Behinderte Menschen haben in der sächsischen Politik kaum Ansprechpartner*innen, die sich für ihre Interessen und Anliegen – Barrierefreiheit für alle Behinderungen und in allen Bereichen – konsequent einsetzen. Besonders deutlich wurde dies in diesem Jahr, als Antrag der Regierungsfraktionen, der eigentlich nur kleine Schritte auf dem Weg zu mehr Barrierefreiheit zum Inhalt hatte, mit dem Slogan der außerparlamentarischen Selbstvertretung behinderter Menschen „Nichts ohne uns über uns“ übertitelt war.

DIE LINKE Sachsen ist und muss unserer Ansicht nach die Interessenvertretung behinderter Menschen sein bzw. werden, die alle diese Anliegen ebenso konsequent aufnimmt und weiterträgt.

Dasselbe gilt natürlich auch innerparteilich: Denn DIE LINKE Sachsen ist, soweit uns bekannt, die einzige Partei innerhalb Sachsens, die eigene Inklusionsbeauftragte durch Peers hat. Dies muss ausgebaut und gestärkt werden.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.10. Änderungsantrag: Inklusion

Einreicher*innen: Ann-Kathrin Legath, Birger Höhn (Landesinklusionsbeauftragte)

Unterstützer*innen:

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung in Z. 54: einfügen:

„Weiter gehört dazu auch die notwendige inklusive Weiterentwicklung bzw. Veränderung unserer Strukturen barrierefreier für alle behinderte Mitglieder zu machen.“

Begründung:

DIE LINKE Sachsen hat sich zum Ziel gestellt, inklusiver zu werden und sich auf den Weg gemacht. Ein Ausdruck ist nicht zuletzt die Schaffung der ehrenamtlichen Stelle der Landesinklusionsbeauftragte/n.

Allerdings ist dieser Weg alles andere abgeschlossen – ganz im Gegenteil an vielen Stellen müssen unsere Strukturen noch barrierefreier werden. Zum Beispiel beim Thema barrierefreie Geschäftsstellen oder Wahlkreis/Abgeordnetenbüros, Barrierefreiheit von Veranstaltungen oder Webseiten, oder behinderte Mitglieder besser oder noch mehr in vorhandene oder sich verändernde Strukturen einzubinden und diese zum Beispiel auch darin zu unterstützen, zum Beispiel für parteiiterne oder öffentliche Ämter bzw. Mandate zu kandidieren.

Dabei sind die unterschiedlichen Bedarfe an Barrierefreiheit von unterschiedlich und vielfältigen behinderten Mitgliedern auf allen Ebenen (Basisgruppe, Ortsverband, Kreis- oder Stadtverband, Landesverband) in den Focus zu nehmen und auch in sich verändernden Strukturen möglichst vollumfänglich Rechnung zu tragen.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.11. Änderungsantrag: Politische Schlussfolgerungen

Einreicher: Andreas W.

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung Neues Kapitel Z. 31: einfügen:

„2. Politische Schlussfolgerungen aus der schweren Wahlniederlage 2021

DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl 2021 eine schwere Wahlniederlage erlitten, was Konsequenzen für die parlamentarische und die außerparlamentarische Linke hat, und in alle Richtungen verloren. Diese Niederlage kommt für Kenner*innen der Materie keineswegs überraschend.

DIE LINKE. Sachsen zieht aus dieser Wahlniederlage u. a. folgende Schlüsse:

- Der Landesparteitag regt eine Wahlanalyse und einen Evaluationsprozess des Niedergangs ihrer politischen Verankerung an, ohne in das Muster der Suche nach Schuldigen zu verfallen. Die dazugehörigen Debatten, denen von der Landesebene Räume und Plattformen gegeben werden muss, sind durch den Landesvorstand anzustoßen.

- Der Landesparteitag von DIE LINKE. Sachsen regt alle Mitglieder, Amts- und Mandatsträger*innen dazu an, notwendige und erforderliche Debatten konstruktiv und solidarisch zu führen. Entsprechende Auseinandersetzungen, auch im Zusammenhang mit den Thesen von Sahra Wagenknecht, sind teils unterirdisch. Die Mitglieder und Sympathisant*innen der LINKEN. Sachsen sind sich einig, dass ein oft gehässiger und schlimmer Umgang zwischen Parteimitgliedern dazu führt, die eigene Glaubwürdigkeit untergräbt. Denn wie will man der Gesellschaft ernsthaft eine solidarische Alternative bieten, wenn man selbst nicht einmal ansatzweise dazu bereit ist, die eigenen Werte auch zu leben? Wenn DIE LINKE solidarische und gemeinschaftliche Werte leben will, müssen deren Amts- und Mandatsträger*innen hier in vorbildhafter Wirkung vorangehen. Dazu gehört auch, den Beitrag von Beteiligten nicht in erster Linie danach zu bewerten, von wem oder danach, welcher Gruppe er/sie zugerechnet wird, zu führen, sondern nach dem Inhalt des Vorschlags. Privatfeindschaften sind zu beenden, gegenseitige Vorbehalte abzubauen, Mitglieder der Partei sollten sich näher fühlen können als Nicht-Mitglieder.

- DIE LINKE. Sachsen regt ihre Mitglieder an, zum Erneuerungsprozess beizutragen und in thematischen Debatten zu (realpolitischen) Sachthemen, wo Mehrheiten noch nicht festgestellt sind, in Solidarität zu führen und einen Vertretungskorridor zu führen, z. B. zu neue Arbeitswelten, Digitalisierung, quantitatives vs. qualitatives Wirtschaftschancen und Chancen bzw. Probleme von Migration bzw. Regeln für das Bleiberecht, neue soziale Sicherheitssysteme und Grenzen der Arbeitszeit/der Ausbeutung, Anti-Sexismus und Anti-Diskriminierung/Anti-Mobbing. Dieser thematischer Neuordnungsprozess ist notwendig, um Teil möglicher neuer Gestaltungsmehrheiten in Regierungsverantwortung im Rahmen von Mitte-Links-Prozessen zu sein.

- DIE LINKE. Sachsen prüft und überprüft intensiv den erfolgreichen Wahlkampf des erfolgreichen Kandidaten Sören Pellmann, ob sich Formen, Inhalte und Art der Flyer des Wahlkampfs auf andere Kreise und Gebiete Deutschlands und Sachsens übertragen lassen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.Ä.A.1.11.1. Ersetzung Analyse Wahlkämpfe

Einreicher*innen: Steffi Brachtel, Ina Richter, Lutz Richter, Jutta Häcker, Peter Kroh, Sabine Schilka

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Der folgende Abschnitt soll ersetzt werden:

„DIE LINKE. Sachsen prüft und überprüft intensiv den erfolgreichen Wahlkampf des erfolgreichen Kandidaten Sören Pellmann, ob sich Formen, Inhalte und Art der Flyer des Wahlkampfs auf andere Kreise und Gebiete Deutschlands und Sachsens übertragen lassen.“

Wird ersetzt durch:

„DIE LINKE. Sachsen prüft und analysiert intensiv die Wahlkämpfe in den 16 Bundestagswahlkreisen. Dabei sollen insbesondere Gründe für ein überdurchschnittliches und unterdurchschnittliches Abschneiden in den Regionen, aber auch einzelnen Gemeinden eruiert werden. Aus den Ergebnissen werden konkrete, realisierbare Handlungsempfehlungen abgeleitet und den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt.“

Begründung:

Selbsterklärend, ansonsten erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.12. Änderungsantrag: Ran an die Bürger*innen!

Einreicher: Andreas W.

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung Neues Kapitel Z. 31: einfügen:

„3. Ran an die Bürger*innen! Dialog-Tour durch alle Bundesländer und Kreise Sachsens

DIE LINKE. Sachsen regt an, dass Bundes- und Landespartei sowie Bundes- und Landesfraktionen oft und ständig, jedenfalls mehr als bisher, vor Ort mit Veranstaltungen präsent ist.

In diesem Rahmen will sie Bundespartei und Bundestagsfraktion zu mehr (regelmäßiger) Präsenz in kleinen Städten und großen Städten, sinnvollen einladenden Veranstaltungen mit intensivem Bürger*innenkontakt in Deutschland und Sachsen anregen.

Sie wird aber vor allem eine eigene Dialog-Tour von Landtagsfraktion und/oder Landesvorstand durch den Freistaat Sachsen für das Jahr 2022/23 initiieren, der mittlere und große Städte, aber auch kleine Orte umfasst, in diesem Zusammenhang sollen aber mindestens alle Kreisstädte entsprechend der Verwaltungsgliederung von 1989/90 besucht, die sich auf dem Territorium des heutigen Freistaats Sachsen besucht werden (z. B. Eilenburg, Döbeln, Weißwasser, Burgstädt, Mittweida ...).

Vorbild könnte hier die Küchentisch-Tour des stv. Ministerpräsidenten Martin Dulig anlässlich des langjährigen Tiefs der SPD oder die Dialog-Veranstaltungen des sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer vor der letzten Landtagswahl sein.

Da eine solche Tour nicht nur auf Bürger*innennähe und -information, Dialog und Aufnahme von Kritik der Bürgerinnen und Bürger, Prüfung der Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger und ggf. Überarbeitung eigener Positionen abzielen soll, sondern auch auf die Gewinnung neuer Mitglieder und neuer potentieller kommunaler Mandatsträger*innen abzielen sollte, sollte jede dieser Veranstaltungen nach Möglichkeit wie folgt zusammengesetzt sein:

- mindestens ein „Bundespromi“, also Gysi, Wagenknecht, Bartsch, Kipping, Lafontaine oder Wissler,

- mindestens ein*e populäre*r Vertreter*in von Landesfraktion oder -partei oder Kreispartei,

- ein parteiloser, externer Gast aus Gewerkschaft, Verwaltung (Gleichstellungsbeauftragte), Vereinen (Tafel-, Mieterverbandsvertreter*in), Unternehmer*in oder Betriebsrat.

Mit dieser Tour soll die (Wieder-)Annäherung an die Belange der Bevölkerung gesucht werden, auch und gerade, indem gezielt parteilose Multiplakatoren wie Frauenbeauftragte, Migrationskoordinatorin, (Wirtschafts-)Clustervertreterin aus dem Rathaus, Mieter- oder Tafelvertreter*in eingeladen und angeschrieben werden, als Gast oder Referent*in.

Mit Hilfe einer solchen Tour könnten die Erwartungen von Wähler*innen und verloren gegangener Wählerinnen und Wähler an uns erkannt, Positionen an die Erwartungen der Bevölkerung bzw. der fragmentierten Teile der Bevölkerung besser angepasst und zur Werbung von parteilosen Multiplikatoren als neue Mitglieder oder Kandidat*innen für Kommunalwahlen aufgerufen werden, ähnlich wie bei der SPD vor 5 Jahren. Es ist neben Mentoring-Programme ein geeignetes Mittel, um neue Mitglieder oder Kandidierende für regionale und Ortsfraktionen zu gewinnen. Entsprechend geht das aber nur, wenn

bereits schon zuvor Strukturen jenseits von überalterterten BOs geschaffen wurde, also Angebote von BO zwischen Ü30 und U50 oder spezifische AGs oder zumindest Strukturen gemischter Altersgruppen neben oder in den BOs.

Dies betrachten wir für den (Wieder-)Aufbau einer größeren Links-Wahl- oder linken Volkspartei jenseits der SPD für unerlässlich.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.13. Änderungsantrag: Partei in Bewegung

Einreicher: Andreas W.

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung Neues Kapitel Z. 31: einfügen:

„4. Partei in Bewegung und organisatorische Schlussfolgerungen aus der schweren Wahlniederlage 2021

DIE LINKE hat im Rahmen der Analyse der Wahlniederlage festgestellt, dass sie enorm an gesellschaftlichen Rückhalt eingebüßt hat. In diesem Zusammenhang entschuldigt sie sich bei Teilen ihrer aktuellen und politischen Wählerschaft für enttäuschte Hoffnungen und verspricht, im Rahmen einer Neuaufstellung an Änderungen zu arbeiten, um den Hoffnungen ihrer Wähler, in erster Linie soziale Interessen zu vertreten und umzusetzen, gerecht zu werden.

Dies soll wie folgt erfolgen:

- Als alternative Gestaltungs- und Oppositionspartei überarbeitet DIE LINKE. Sachsen Leitlinien und thematische Positionen, um sich im Rahmen eines solidarischen Umgangs zu aktuellen Themen und gesellschaftlichen Entwicklungen neu zu verständigen. Dabei verpflichtet sie sich, diese Diskussion in solidarischer Form jenseits von jeglichem Extremismus und von gewaltbereiten Gruppen zu führen, und orientiert in Zukunft stärker auf Fragen der Arbeitswelt/der sozialen Gestaltung der Wirtschaft und nicht auf identitätspolitische Themen, und prüft (und erweitert) Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Parteien im demokratischen Raum, indem sie inhaltliche Prüfsteine erarbeitet, die für linke oder Mitte-Links-Koalitionen sinnvoll sein könnten.

- Es wird angeregt, stärker bewegungs- und aktionsorientiert im gesellschaftlichen Raum aufzutreten (zu Bürger*innen-/Volksentscheiden), aber verstärkt zu kommunalpolitischen und landespolitischen Themen, konkret und ausgehend von ihren Werten zu aktuellen Ereignissen wie z. B. gegen mögliche Großprivatisierungen im Rahmen der Daseinsvorsorge. Dabei ist sich DIE LINKE bewusst, dass dies am Alltagsbewusstsein ihrer potentiellen Wähler*innen- und Sympathisant*innenschaft anknüpft und nicht an in erster Linie auf eine in radikaler Weise denkende und auftretende außerparlamentarische oder autonome Gruppierungen, die die Bürgerinnen und Bürger eher abschrecken.

- Dies sollte kreativ und gern radikal im Design und der Form, aber eher realpolitisch im Inhalt: Keine Straßenbahn stilllegen, kein Krankenhaus schließen, kein Profit durch Unterlaufen von Tarifverträgen, keine Akzeptanz für die Beibehaltung der Ostdeutschen als Bürger*innen zweiter Klasse, keine leistungslosen Einkommen von Beamt*innen und keine Entbindung der Unternehmer*innen von der Fürsorgepflicht für Arbeitnehmer*innen und Gesellschaft!

- Es wird innerparteilich angeregt, auf Kreis-, Orts- und Basisebene einladende Organisationsstrukturen zu schaffen. Deshalb soll die Mitgliedschaft angeregt werden,

  - thematische Arbeitsgemeinschaften zu schaffen, auch gerade zu kommunalpolitischen Fragen, dazu sind Mandatsträger*innen gefordert, in ihren Bereichen Arbeitsgemeinschaften auf

regionaler Ebene zu bilden, um bestehende Fragen jenseits von Fraktionen mit Mitgliedschaft und neuen Mitgliedern zu führen,

- organisatorisch einladende Einheiten für Mitglieder zwischen 30 und 55 Jahren neben den etablierten Basisstrukturen zu schaffen, um einladend für Interessent*innen und neue Mitglieder zu sein,

- Anti-Sexismus und Anti-Mobbing-Leitlinien zu erarbeiten und im realen Leben umzusetzen,

- sich klarer von radikalen, autonomen oder gewaltbereiten „linken“ Gruppen abzugrenzen, die dem Erscheinungsbild von „links“ nur schaden,

- sich öfters als Partei und Fraktion bzw. Mandatsträger*innen auch zwischen Wahlen als bisher im öffentlichen Raum zu präsentieren.

Zudem wird angeregt, über die Schaffung von eigenen Vereinen, Unternehmen und Projektträger*innen mit gemeinnützigen Fördermöglichkeiten, in denen man eigenen Genoss*innen auch arbeitsmäßig unterbringen kann, nachzudenken, die Mitglieder diesbezüglich zu informieren und die Amtsträger*innen aufzufordern, solche Strukturen zu schaffen und via Stiftung/Kommunalpolitisches Forum über derartige Möglichkeiten (z. B. Anforderungen an Gründung eines Vereins/eines Unternehmens) zu informieren. Ein Grund für das bei Lichte betrachtet teils recht egoistische Verständnis von Amts- und Mandatsträgern im Hinblick auf Hortung von Wissen, Mobbing, Machtkämpfen oder Erhaltung von jedem Quadratmeter Macht liegt auch darin begründet, dass wenige Alternativen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt z. B. im Rahmen von linken Projekten bestehen. Der Landesvorstand sollte über solche Ideen informieren, dazu anregen und selbst entsprechende Strukturen aufbauen helfen. Gleiches betrifft die Heranziehung von eigenen klugen Leuten für spätere Positionen mittels Mitarbeiterschaft in Verwaltung / als Mitarbeiter*innen von linken oder R2G-Beigeordneten oder – Landesminister*innen. Dies ist gleichzeitig Voraussetzung für personelle Erneuerungsprozesse oder Regelungen zur Mandatszeitbegrenzung, da sich Abgeordnete sonst bemüßigt sehen müssen, bis zur Rente zu kandidieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.14. Änderungsantrag: Dopplung streichen

Einreicher*innen: Landesrat

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Streichung des Satzes in Z. 45-46:

„Die ggf. notwendigen strukturellen Veränderungen sollen durch einen Mitgliederentscheid (entsprechend der Landessatzung) beschlossen werden.“

Begründung:

Dopplung zu den Zeilen 106-109

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.15. Einfügung Satzungsparagraph

Einreicher*innen: Landesrat

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Einfügung Z. 109:
Hinter „Mitgliederentscheid“ Einfügung von „nach §8 der Landessatzung“.

Begründung:

Klarstellung der Grundlage für den Mitgliederentscheid

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ - Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.16. Einfügung Beantragung Mitgliederentscheid

Einreicher*innen: Landesrat

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Einfügung Z. 109 am Ende:

„Die Vorlage für den Mitgliederentscheid wird dem Landesparteitag gemeinsam von Landesvorstand und Landesrat zur Beschlussfassung vorgelegt.“

Begründung:

Im Leitantrag fehlt, wer den Mitgliederentscheid beantragen soll. Aufgrund der Bedeutung sollte dies durch Beschluss des Landesparteitages gemäß § 8 (2) c) der Landessatzung geschehen und der Antrag hierzu von Landesvorstand und Landesrat gemeinsam gestellt werden.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.17. Änderungsantrag: Ergänzung Kommunikationskonzept

Einreicherin: Marika Tändler-Walenta

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung Zeile 77:

Nach „öffentliche Auftretens und in Vorbereitung der (voraussichtlich 2024 stattfindenden Landtagswahlen.“

„Dabei muss die politische Ansprache in den ländlich-peripheren Gebieten anders erfolgen als in den urbanen Zentren, aber beide Ebenen bedingen sich und müssen miteinander gedacht werden.

Ein kurzes Beispiel: Es gibt in der LINKEN Konzepte zum entgeltfreien ÖPNV. Diese Konzeptionen sind vor allem auf die Bedürfnisse der großen Städte ausgerichtet. Aber betrachtet man sich den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und der Fahrzeit in das nächste Oberzentrum/Infrastruktur-knotenpunkt im ländlichen Raum, hat die Fahrzeit einen höheren Einfluss auf die Wahl des Transport-mittels als die Kostenfrage. Beide Forderungen schließen sich nicht aus. Dementsprechend könnten in einer ersten Stufe die Fahrhäufigkeiten und die Verbindungen angepasst werden, das heißt, der Bus fährt häufiger und direkter in das nächste Oberzentrum, um die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen. In einer weiteren Stufe kann anknüpfend über den entgeltfreien ÖPNV debattiert werden.“

Dementsprechend erarbeitet der Landesvorstand gemeinsam mit den entsprechenden Verantwortlichen für die Bürgermeister:innen- und Landrät:innenwahlen 2022 in Zusammenarbeit mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden ein umfassendes Kommunikationskonzept mit Berücksichtigung der einzelnen Themenschwerpunkte vor Ort und unterstützt die Kandidat:innen für die Bürgermeister:innen- und Landrät:innenwahlen bei der Umsetzung.“

Begründung:

Die Forderung eines entgeltfreien ÖPNV macht nur Sinn, wenn der Bus noch fährt. Entsprechende Argumentationsfehler in der politischen Ansprache sollten vor allem in Vorbereitung der Bürgermeister:innen- und Landrät:innenwahlen 2022 und Kommunalwahlen 2024 Berücksichtigung finden. Die Konzepte für beide Zielgruppen sind da, wir müssen sie nur darstellen, erklären und zielgruppenspezifisch bewerben.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.18. Änderungsantrag: Ergänzung politisch-strategische Offensive Landtagsfraktion und Landesvorstand

Einreicherin: Marika Tändler-Walenta

Unterstützer:innen: Toni Christoph, Tim Detzner, Anja Eichhorn, Eyk Fechner, Tilo Hellmann, Steffen Klötzer, Thomas-Friedrich Naumann, Angelika Schubert, Caroline Schuhmaier, Jenny Trültzsch, Markus Pohle

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung in Zeile 80:

Neuer Absatz c)

„Die Verankerung linker Politik im Parlament, insbesondere im Sächsischen Landtag und damit auf Landesebene, ist eine wesentliche Säule unseres politischen Kampfes für gesellschaftliche Veränderung in Sachsen.

DIE LINKE (damalige PDS) wurde 1990 mit 10,2% der Wähler:innenstimmen in das Sächsische Parlament gewählt. Durch mühselige und fachliche Arbeit konnte DIE LINKE über die vergangenen 30 Jahre eine Anerkennung und Achtung als parlamentarische Akteurin erzielen. Auf der parlamentarischen Ebene ist DIE LINKE nach wie vor bemüht, sich von anderen Parteien abzugrenzen und den inhaltlichen Unterschied herauszuarbeiten, um gleichzeitig Anerkennung und Respekt zu erhalten. Dieser beschriebene Widerspruch in seiner historischen Begründung, hat dazu geführt, dass wir im Parlament kritisch mit unseren eigenen Initiativen umgehen und uns dabei in formalistischen Debatten über formalistische Strukturen verlieren, und gleichzeitig der Mut fehlt, in eine politisch-strategisch Offensive zu gehen. Im Kern haben wir zwei Möglichkeiten, DIE LINKE bleibt bei ihrem beschrittenem Weg oder aber setzt jetzt das Signal des Aufbruchs und der Neuausrichtung.

Insbesondere das öffentliche politisch-strategische Wirken der Linken im Parlament, nicht zu verwechseln mit Öffentlichkeitsarbeit, muss strategisch-offensiv ausgestaltet werden. Vor dem Hintergrund des historisch schlechten Ergebnisses in Sachsen gilt es nun für den Landesvorstand gemeinsam mit der Fraktion der LINKEN im Sächsischen Landtag einen offensiven politisch-strategischen Vorstoß für die kommenden zwei Jahre zu definieren und dem Landesverband in der ersten Hälfte des Jahres 2022 zu berichten.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.19. Änderungsantrag: Strukturdebatte konsequent und schnellstmöglich zu Ende führen / Kampagnenkonzept

Einreicher: Marko Schmidt

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung Zeile 40:

„DIE LINKE. Sachsen schafft aus der inhaltlichen Bestimmung ein Kampagnenkonzept, welches langfristig (mindestens bis zur nächsten Bundestagswahl) die LINKE präsent hält und neue Wähler*innen anspricht.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.20. Änderungsantrag: Abschluss Strukturdebatten

Einreicher: Marko Schmidt

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung Zeile 45:

„DIE LINKE. Sachsen knüpft an die Strukturdebatten der letzten Jahre an und bringt sie 2022 zum Abschluss. Dabei berücksichtigt sie sowohl die Ergebnisse der Mitgliederbefragung von 2020, die Ergebnisse der Regionalkonferenzen 2020 und die Diskussionen und Vorschläge des Finanzbeirates sowie der Sitzungen des Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden und dem Landesrat.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.21. Änderung Jahr Mitgliederentscheid

Einreicher: Marko Schmidt

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ersetzung in Zeile 109:

„2023“ durch „2022“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.22. Landesparteitag Mitgliederentscheid

Einreicher: Marko Schmidt

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung Zeile 109:

„Für die organisationspolitischen und strukturellen Aufgaben wird es im 1. Halbjahr 2022 einen Landesparteitag zur Diskussion der bisherigen Vorschläge und der Entwicklung des Mitgliederentscheides geben. Vorhergehende Abfragen zu den bisherigen Veränderungsvorschlägen in den jeweiligen Strukturen (Ortsverbände, Kreisverbände, Landesweite Zusammenschlüsse, etc.) sind ebenso vorzunehmen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.23. Stärkung Strukturen Gesundheitssektor

Einreicherin: Gabi Engelhardt

Unterstützer*innen: LAG Bewegungslinke Sachsen

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung nach Zeile 59 (bzw. nach Beschluss Ergänzungsantrag Kampf gegen Rechts an den neu ergänzten Absatz anhängen):

„Des Weiteren wollen wir uns am Aufbau von konkret wirksamen Strukturen zwischen der LINKEN und gewerkschaftlichen Kämpfen stärken. Da sich im Pflegesektor gerade eine starke Krankenhausbewegung formiert, die Kämpfe gewinnen kann, auch weil die Gesundheitspolitik durch die Pandemie wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte gerückt ist, kann die LINKE hier gewinnbringend anknüpfen. In den nächsten Monaten wollen wir landesweit am Aufbau von Bündnissen mit Beschäftigten in der Pflege und im Krankenhaus arbeiten. Neben den Interessen der Beschäftigten ist es unser Ziel, so unsere Aktivenstrukturen hinsichtlich einer konkreten Frage zu aktivieren, neue Mitglieder und Sympathisant:innen zu gewinnen, DIE LINKE als Teil der Arbeitskämpfe zu etablieren und öffentlichkeitswirksam das Thema Pflege & Gesundheit von Links zu besetzen. Angestrebt wird mindestens ein Modellprojekt in einer Großstadt, einer mittelgroßen Stadt und im ländlichen Raum. Wir orientieren uns auf einen landesweiten Aktionstag am Tag der Pflege 2022 als erstmaligen Höhepunkt der Kampagne.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.24. Stärkere Verankerung in sozialen Bewegungen

Einreicherin: Gabi Engelhardt

Unterstützer*innen: LAG Bewegungslinke Sachsen

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung nach Zeile 59:

Einen weiteren zentralen Schwerpunkt unserer Arbeit sehen wir in der stärkeren Verankerung unserer Partei in den sozialen Bewegungen und als Teil der Kämpfe für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Wir stehen für einen kämpferischen Aufbruch Ost an der Seite der Menschen, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung sowie für gleich gute Renten, Löhne, Arbeits- und Lebensbedingungen in Ost und West kämpfen und verbinden diesen Kampf mit dem Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus. Es gilt, in den nächsten Monaten und Jahren die Linke zu einer starken antirassistischen und antifaschistischen Kraft an der Seite der Arbeiter*innen und Angestellten, der Migrant*innen, People of Colour, der Muslim*innen und Jüd*innen zu machen. Die Linke, besonders in Sachsen, muss dabei die Speerspitze im Kampf gegen die AfD sein, die vor einer weiteren Faschisierung und Übernahme der politischen Kontrolle durch den faschistischen Flügel steht. Dazu schlagen wir folgende Schritte vor:

- Aufbau einer langfristigen Kampagne gegen die AfD, mit dem Ziel, die AfD aus den Parlamenten und von der Straße zu vertreiben und deren völkischen Nationalismus, antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Leugnung des Klimawandels offen anzugreifen sowie ihre letztlich gewerkschaftsfeindlichen und antisozialen neoliberalen Lösungsvorschläge zu sezieren

- deutlich sichtbare bzw. stärkere Unterstützung von und Mitarbeit in Bündnissen wie Aufstehen gegen Rassismus und anderen Bündnissen und Kampagnen gegen Rechts

- Verstärkung der öffentlichen Positionierung gegen rechte Parteien und Strukturen (AfD, Freie Sachsen, III. Weg, zusammenrücken, Pegida, Querdenken (eigene Flyer und Veranstaltungen)

- Teilnahme an den Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 14.-27. März 2022 mit dem Motto "Haltung zeigen!" mit eigenen Veranstaltungen; Teilnahme an gemeinsamen Aktionen zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2022

- stärkere Zusammenarbeit mit migrantischen und muslimischen/jüdischen Organisationen, mit Seebrücke und Geflüchteten-Initiativen und -Unterstützer*innen-Organisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für eine unteilbare Gesellschaft einsetzen

- Unterstützung des Aufrufs und Mobilisierung zu den Protesten gegen den Bundesparteitag der AfD in Wiesbaden vom 10.-12. Dezember 2021, bei dem ein weiterer Durchbruch des faschistischen Flügels zu erwarten ist

- in gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfen Rassismus und Neofaschismus der AfD thematisieren und die Debatte um einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit AfD-Mitgliedschaft in den Gewerkschaften im Hinblick auf die Betriebsratswahlen 2022 anstoßen

---

• Kampagne gegen Fördermittel für die Desiderius-Erasmus-Stiftung unterstützen, denn die Anerkennung und Finanzierung der Stiftung bedeutet eine Normalisierung der AfD und die Finanzierung von Nazis und Nazi-Strukturen

• Suche nach geeigneten, gemeinsamen mit SPD und Grünen abgestimmten, antifaschistischen/antirassistischen Landratskandidat*innen für die Landrats- und Oberbürgermeister*innenwahlen 2022, um AfD- bzw. Freie Sachsen-Landräte zu verhindern

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.25. Ersetzung Konsequenzen Wahlergebnis

Einreicherin: Gabi Engelhardt

Unterstützer*innen: LAG Bewegungslinke Sachsen

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ersetzung Zeilen 5-20 durch folgenden Text:

Die Ergebnisse der Bundestagswahl sind für DIE LINKE bundesweit ein tiefer Einschnitt. So auch in Sachsen: 9,3 % der Stimmen sind das schlechteste landesweite Resultat, das unsere Partei hier je erzielt hat. Lediglich in acht Bundesländern ist DIE LINKE oberhalb des 5%-Anteils bei den Zweitstimmen eingelaufen, in nur drei davon war das Ergebnis knapp zweistellig. Wir sind geschwächt in unserem Kampf: für mehr Gerechtigkeit und für ein Leben in Menschenwürde, also ein Leben der Vielen in sozialer Sicherheit, in einer friedlichen Welt, in der die Menschenrechte für jede und jeden auch praktisch gelten, mit guter und gut bezahlter Arbeit; für einen sozial-ökologischen Umbau; und nicht zuletzt gegen Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung in all ihren Spielarten.

Daraus ziehen wir gemeinsam und in solidarischer Art und Weise die Konsequenzen - denn die erste und wichtigste Anforderung der Menschen, deren Interessen wir vertreten und mit denen wir zusammen kämpfen, ist, dass wir unsere Aufgabe ernst nehmen - den Kampf für eine bessere Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die Hoffnungen der Menschen in verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen, mehr Demokratie und eine erfolgreiche Bekämpfung des Klimawandels durch die Ampel-Koalition enttäuscht werden. Wir sind mitverantwortlich dafür, dass diese enttäuschten Hoffnungen nicht nach rechts kanalisiert werden.

Wir müssen eine neue Vision für Sachsen und für einen neuen Aufbruch Ost entwickeln, die die kämpferischen Impulse aus den letzten Monaten und Jahren verallgemeinert und in die anstehenden Transformationsprozesse in der Kohle- und Automobilindustrie im Interesse der Beschäftigten und Bewohner*innen der Regionen einbringt. Wir müssen an der Seite der Beschäftigten dafür kämpfen, dass die Kosten der Corona-Pandemie und der Bekämpfung des Klimawandels nicht auf die Beschäftigten und sozial Schwächeren abgewälzt werden. Wir stehen in Sachsen vor der Aufgabe, die AfD und ihre rassistischen, völkischen, frauenfeindlichen und homophoben Angriffe auf uns alle zurückzudrängen und weitere Wahlsiege dieser Partei sowie weitere rechte Raumnahmen zu verhindern.

Wir sehen in den Wahlergebnissen zur Bundestagswahl auch einen Weckruf für unsere Partei, stärker mit den Gewerkschaften, den zivilgesellschaftlichen Bündnissen und außerparlamentarischen Initiativen zusammenzuarbeiten - für ein Sachsen, in dem es egal ist, welche Herkunft, Hautfarbe, Religion, Lebens- oder Liebensweise ein Mensch hat. Wir stehen klar an der Seite aller, die den Klimawandel als größte Bedrohung unseres Planeten erkannt haben und kämpfen mit ihnen für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, in der die Menschen und die Natur vor den Profiten stehen. Wir kämpfen für eine Welt, in der niemand Angst haben muss in Armut zu fallen, für eine sozial gerechte Welt, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden und Freiheit leben können.

Dafür wollen wir die Vielfalt, mit der unsere Genossinnen und Genossen diesen Kampf bestreiten, als Stärke nutzen, alte Muster der innerparteilichen Kommunikation überwinden und mit gegenseitigem Respekt und Kooperation unser politisches Handeln angehen. Dem können wir nur gerecht werden, wenn jeder Genosse und jede Genossin auch selbst die entsprechenden Schlussfolgerungen zieht.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.26. Streichung ggf.

Einreicher*innen: Clara-Anne Bünger, Marko Schmidt, Markus Pohle

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Streichung Zeile 85:

„ggf.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.27. Ergänzung Konferenz

Einreicher*innen: Clara-Anne Bünger, Marko Schmidt, Markus Pohle

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung Zeile 86:

landesweiten kommunalpolitischen Konferenz im zweiten Halbjahr 2022)

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

A. Leitantrag

A.1. „Perspektive 2024“ – Sozial gerecht für Sachsen

Ä.A.1.28. Ergänzung Haustürwahlkampf

Einreicher: Sebastian Drechsler

Unterstützer*innen: Eva Wolf, Gabi Engelhardt, Sabine Brünler, Max Lenk, Jonas Freimann

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung nach Zeile 79:

Auf Grundlage erster positiver Erfahrungen sollen aufsuchende Formate, wie zum Beispiel Haustürgespräche/Haustürwahlkampf strukturell durch den Landesverband gestärkt werden. Auch außerhalb der klassischen Wahlkampfzeiten sollen diese Formate genutzt werden, um nah an den Themen der Menschen zu sein. Hier liegt ein großes Potential für die Linke. Durch den Haustürwahlkampf können gezielt Stadtviertel mit hohem Wähler*innenpotential für die Linke aufgesucht werden, können die Probleme und Forderungen der Menschen vor Ort erfragt und unsere Lösungsvorschläge direkt vor Ort diskutiert und außerdem unsere Genoss*innen aktiviert werden.

Der Landesvorstand entwickelt bis März 2022 eine gemeinsame Strategie, um diese Formate landesweit zu fördern und die daraus gewonnen Erkenntnisse in die Politik der Partei DIE LINKE einfließen zu lassen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

Berichte

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

B. Berichte

B.4. Bericht der Landesfinanzrevisionskommission an den Landesparteitag an den 16. Landesparteitag 1. Tagung

Einreicher*innen: Landesfinanzrevisionskommission

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor 2 Jahren haben wir eine richtig gute Finanzrevisionskommission gewählt. Mit der Quotierung hatte es ja nicht so geklappt. Trotzdem sind wir ein richtig gutes Team geworden. Jung und Alt, mit unterschiedlich stark ausgeprägter Liebe zu Online-Formaten und mit verschiedenen Ansichten zu dem einen oder anderen Thema haben wir einen guten Weg der Zusammenarbeit miteinander und auch mit dem Finanzbeirat und unserer Landesschatzmeisterin und dem Buchhalter gefunden.

Die Prüfungen erfolgten in dieser Wahlperiode alle digital. Grundlagen für die Prüfungen waren und sind

- Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik; insbesondere das Parteiengesetz und die Grundsätze der Ordnungsgemäßen Buchführung
- Die Satzung und Ordnungen der Partei DIE LINKE (Bund und Land); insbesondere zu Finanzen
- Die eigene Ordnung zur Arbeitsweise der FRK

Die Prüfungen wurden nach inhaltlichen Kriterien und Schwerpunkten, die wir in unseren Beratungen festgelegt haben, durchgeführt. In den abschließenden Protokollen wurden die Ergebnisse der Prüfungen und Anmerkungen festgehalten.

Die digital gespeicherten Daten haben uns die Möglichkeit geboten, einmal im Jahr alle Kreis- und Stadtverbände zu prüfen. Viele Prüfungen liefen sehr kollegial ab. Trotzdem gibt es immer noch Genossinnen und Genossen, die sich durch unsere Prüfungen angegriffen fühlen, erst nach endlosen Diskussionen bereit sind, Daten zu erläutern oder es eben auch nicht zu tun.

Nach wie vor fehlt das Verständnis dafür, dass unsere Einnahmen stetig sinken. Diese sinken nicht nur auf Grund fallender Mitgliederzahlen und der geringeren Beiträge, die sehr junge, noch in der Ausbildung befindliche Menschen, zahlen. Auch die desaströsen Wahlergebnisse, die zu immer weniger Mandaten führen und, abgesehen von fehlenden Mandatsträger*innenbeiträgen, finanzierte Büro- und Arbeitsstrukturen wegbrechen lassen, fordern ein Umdenken bei uns allen. Es ist an der Zeit, einen Weg zu finden, die Finanzen des Landesverbandes gemeinsam sinnvoll zu nutzen statt ständig darüber zu streiten, welcher Struktur wie viel zusteht. Auch wenn wir manches „schon immer so gemacht haben“, muss das noch lange nicht gut für die Zukunft sein.

Ein großer Teil von uns Mitgliedern der Kommission ist gern bereit, die Arbeit in einer weiteren Legislaturperiode fortzusetzen und wird sich zur Wahl stellen. Freuen würden wir uns über Verstärkung, besonders auch von Frauen*. Von unserem Landesvorstand wünschen wir uns mehr Verständnis und Rückhalt für das „Problem“ der Finanzen und für unsere Arbeit.

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

B. Berichte

B.5. Bericht zur Strukturdebatte an den Landesparteitag an den 16. Landesparteitag 1. Tagung

Einreicher*innen: Steuerungsgruppe

Auf der 2. Tagung des 15. Landesparteitages wurde mit dem Leitantrag beschlossen, dass im Landesverband eine Strukturdebatte geführt werden muss, um die strukturellen Probleme insbesondere in den Kreisverbänden, aber auch durch den Wegfall von Landtagsmandaten, abzufedern. Dazu wurde bereits auf der Novembersitzung 2019 des Landesvorstands eine Struktur-AG ins Leben gerufen. Die Arbeitsgruppe bestand aus dem Betriebsrat, dem Leiter der Landesgeschäftsstelle, dem verantwortlichen Mitarbeiter für die Kreis- und Stadtverbände, einem Sprecher des Landesrates und der Landesgeschäftsführerin. Auf der gemeinsamen Beratung des Landesvorstandes mit dem Landesrat, den Kreisvorsitzenden und dem Fraktionsvorstand im Dezember 2019 wurde das Konzept zur Strukturdebatte beschlossen.

Nach dem Konzept gliederte sich die Strukturdebatte in fünf Teile:

1. **Steuerungsgruppe** (Inhaltliche Vor- und Nachbereitung des Strukturplenums, Beschlussvorbereitung auf Grundlage der Absprachen im Strukturplenum und der Ergebnisse des Basisbeteiligungsprozesses, Zusammensetzung: LGF, LSM, zwei Mitglieder des Landesrates, Betriebsrat)
2. **Strukturplenum** (begleitete Strukturdebatte inhaltlich als beratendes Gremium) Die Zusammensetzung der 39 Mitglieder bestand zum großen Teil aus Mitgliedern der unteren Strukturen der Partei.
   - **zwei Vertreter*innen Landevorstand**
   - **zwei** Vertreter*innen **Landesrat**
   - **vier** Vertreter*innen **Landesweite Zusammenschlüsse /Landesarbeitsgemeinschaften**
   - **26** Vertreter*innen aus den **Kreisverbänden**
   - **zwei** Vertreter*innen des **Jugendverbandes**
   - **zwei** Vertreter*innen der **Landessenior*innenkonferenz**
   - **ein** Mitglied des **Betriebsrates**
3. **Analyse-Papier zu Mitglieder- & Strukturentwicklung**
4. **Mitgliederbefragung**
5. **Regionalkonferenzen**

Es gab auch die Möglichkeit, sich schriftlich über die Homepage des Landesverbandes zu beteiligen, welche jedoch nicht genutzt wurde.

Strukturplenum:

In seiner ersten Sitzung befasste sich das Strukturplenum mit einem Analysepapier zur Mitglieder- & Strukturentwicklung und der eigenen Schwerpunktsetzung. Danach folgten die Analyse der Regionalkonferenzen sowie die Auswertung der Mitgliederbefragung. Es folgte ein zeitweises Arbeiten in Arbeitsgruppen (Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit, Struktur des Landesverbandes, Wie können wir Mitglieder binden?, Digitalisierung). Die Gruppen haben in unterschiedlicher Intensität gearbeitet.

Das Strukturplenum entschied sich, die Ergebnisse der Debatte auf dem sogenannten „kleinen Parteitag“ zu beraten und nach dem Prinzip von Alternativ-Varianten die künftigen Strukturanpassungen zu diskutieren. In den letzten zwei Sitzungen des Strukturplenums wurden die Anträge für die gemeinsame Beratung erarbeitet.

Bis zum Schluss waren nicht alle Mandate besetzt und die Teilnahme insbesondere der Vertreter*innen der Stadt-/Kreisverbände hätte besser sein können. Die anfänglich große Beteiligung hat im Verlauf abgenommen, u.a. aufgrund von Mehrfachbelastung vieler Akteur*innen, was ein Symptom des aktuellen Zustandes darstellt.

Analyse-Papier zu Mitglieder- & Strukturentwicklung

Seit vielen Jahrzehnten ist ein Rückgang der Mitgliedschaft zwischen -4,5 und -5,5 % pro Jahr festzustellen. Weiterhin konnte festgestellt werden, dass der Teil an aktiven Mitgliedern immer schneller zurückgeht. In diesem Zusammenhang steht natürlich auch ein Rückgang der finanziellen Ressourcen. Das Wegbrechen des politischen Ehrenamtes, welchem bisher trotz verschiedener Maßnahmen nicht erfolgreich entgegengewirkt werden konnte, führt zu einer Überlastung der vorhandenen Aktiven im Haupt- und Ehrenamt.

Weiterhin vergrößert sich die Gefahr, dass nicht mehr alle notwendigen Aufgaben erfüllt werden können.

Mitgliederbefragung:

Gemeinsam mit einem Soziologen haben wir einen Fragebogen zur Mitgliederbefragung entworfen. Zusätzlich wurden dem Fragebogen in Zusammenarbeit mit der AG Mitgliederentwicklung noch spezifische Fragen speziell für weibliche Mitglieder sowie spezifische Fragen zu Mediennutzung, angefügt. Alle Mitglieder mit einer E-Mail-Adresse haben die Befragung per Onlinelink bekommen, alle Mitglieder ohne E-Mail-Adresse haben die Abfrage per Post erhalten. Die Rücklaufquote der Umfrage betrug 22,4 Prozent und die Teilnehmer*innen spiegelten die Mitgliederstruktur (Alter, Geschlecht, Stadt/Land , ...) des Landesverbandes sehr gut wider.

Die Partei spielt für 70 Prozent der Antworter*innen eine große oder sehr große Rolle, dennoch nehmen 72 Prozent keine Parteifunktionen wahr; 88 Prozent keine öffentlichen Mandate mehr. Viele Genoss*innen, die sich an der Befragung beteiligt haben, wünschen sich mehr thematische Veranstaltungen sowie politische Bildung.

Bei der Kommunikation zeigen sich schon größere Unterschiede, wobei noch 70 Prozent einen PC benutzen und 68 Prozent ihre E-Mails öfters abrufen (also fast alle PC-Nutzer*innen), so nutzen generell nur 23 Prozent Facebook öfter zur Kommunikation. 88 Prozent der Befragten informieren sich immer durch das öffentlich-rechtliche Fernsehen und 73 Prozent durch Tageszeitungen und 68 Prozent durch das Radio, aber nur 18 bzw. 17 Prozent durch Facebook oder YouTube. Wobei sich in der Gesellschaft gerade ein Wandel hin zu sozialen Medien vollzieht.

Insgesamt kann auch festgestellt werden, dass immer weniger Genoss*innen bereit sind, einen großen Teil ihrer Freizeit für Parteiarbeit aufzubringen.

Regionalkonferenzen:

Von den geplanten 5 Regionalkonferenzen konnten aufgrund von Corona leider nur 3 Konferenzen stattfinden. Neben der gemeinsamen Aufgabenanalyse der Strukturen auf Kreisebene erfolgte eine

Auswertung, welche Aufgaben im Ehrenamt noch schaffbar sind und auf welche Aufgaben nicht verzichtet werden kann.

Es kann festgestellt werden, dass Aufgaben, die essentiell wären, wie z.B. die Personalpolitik, die Durchführung von Kampagnen oder eine koordinierte Presse- und Medienarbeit, in vielen Kreisen nicht mehr schaffbar sind. Dasselbe Bild zeigt sich auch in den Ortsverbänden, wobei hier noch das Problem auftritt, dass viele Ortsverbände nicht mehr in der Lage sind, ihre Ortsvorstände zu besetzen, insbesondere die Plätze für die Mindestquotierung. Auch Aussagen wie „Ehrenamtliche werden in den Strukturen verbrannt“ sind keine Seltenheit. Es wurde festgestellt, dass viele Strukturen auf den verschiedenen Ebenen (Orts- bzw. Stadtvorstand/Kreisvorstand) ihre Aufgaben nur eingeschränkt oder nicht mehr wahrnehmen können. Leider existieren viele Strukturen auf Ortsverbandsebene nur noch auf dem Papier.

Änderungswünsche aus den Regionalkonferenzen an die Parteistruktur:

- in Kreisverbänden Konzentration auf Politik, nicht auf Verwaltung
- Anpassung Technik/Arbeitsprogramme auf die heutige Zeit
- Möglichkeit einer ebenen-übergreifenden, langfristigen Kampagnenarbeit
- langfristige Zielstellungen über Legislaturen hinweg
- stärkere Einbindung und stärkeres Mitdenken der linksjugend
- dass Alltag & Leben mit Parteiarbeit vereinbar wird
- Wertschätzung von parteiunabhängigem Engagement > „Danke, dass ihr das tut.“
- dass die Partei mit vielen anderen politischen Gruppen zusammenarbeitet
- geschlechtersensible Konzepte

Ausblick

Die Strukturdebatte sollte eigentlich bereits im Jahr 2020 beendet sein. Aufgrund der Coronapandemie hat sich die Debatte in die Länge gezogen, so dass sie erst im Sommer 2021 beendet wurde. Es handelte sich bei dieser Strukturdebatte nicht um die erste Strukturdebatte des Landesverbandes. Leider waren bisher alle Strukturdebatten ohne Erfolg. Die vorherigen beiden Strukturdebatten sind aus unterschiedlichen Gründen, zum großen Teil aber daran gescheitert, weil Strukturveränderungen an vorhandenen (Struktur-)Einheiten einzeln abgearbeitet wurden und die jeweiligen Akteur*innen gerade in ihrem Bereich keine Veränderungen wollten. Jede dieser (Struktur-)Einheiten (also z.B. LaVo, LaRa, LAG-Sprecher*innen, KVs, Partei-Büro-Freunde, ...) hat Vertreter*innen mit durchaus legitimen Partikular-Interessen. Jede dieser Struktureinheiten kann für sich genommen sinnvoll sein. In einer Partei mit stark schwindenden Mitgliedern, rapide schwindenden Aktiven und allmählich schwindenden Finanzen nützt es nichts, wenn jede Struktureinheit ihren individuellen Nutzen begründet, da der Nutzen häufig gar nicht angezweifelt wird. In einer Partei mit schwindenden Ressourcen ist vielmehr zu entscheiden, welche der (fast immer nützlichen) Struktureinheiten prioritär sind, das strukturelle Überleben der Partei zu sichern. Strukturveränderungen sind langfristige Veränderungen und müssen daher auch langfristig funktionieren, nicht nur für 2-3 Jahre als Versuchsmodell oder durch Anzapfung der Reserve.
Außerdem müssen Herausforderungen ganzheitlich gelöst werden. Es nützt nichts, ein Problem kurzfristig zu lösen und gleichzeitig 3 neue Probleme aufzumachen (und unbearbeitet im Raum stehen zu lassen). Die formalen Strukturen im Landesverband (Landevorstand + Kreisebene) sind weitestgehend die gleichen wie bei der Parteigründung 2007. Die Mitglieder- (nominell - 47 %) und die Aktiven-Situation haben sich jedoch gravierend geändert.

Auch die jetzige Debatte hat durchaus Änderungsvorschläge gebracht, welche aber größtenteils nicht angenommen worden sind. Die Situation auf allen Ebenen, insbesondere in den Kreisverbänden, hat sich jedoch nicht verbessert. Das Problem scheint auch vielen Genoss*innen klar zu sein. Bei einem Erhalt des Status quo wird (sehr wahrscheinlich) auch die beschriebene Entwicklung auf Landes- und Kreisebene mit allen Begleiterscheinungen weiter voranschreiten.

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

B. Berichte

B.6. Bericht des Landesrates an den Landesparteitag an den 16. Landesparteitag 1. Tagung

Einreicher*innen: Landesrat

Der Landesrat ist das Organ im Landesverband, über das alle Kreisverbände und landesweiten Zusammenschlüsse zwischen den Landesparteitagen an der politischen Willensbildung auf der Landesebene mitwirken können. Gleichzeitig hat der Landesrat nach der Landessatzung „umfassende Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand, den Kreisverbänden und den landesweiten Zusammenschlüssen".

Eigentlich hätte am 01.01.2021 die neue zweijährige Wahlperiode des Landesrates begonnen. Da pandemiebedingt im Herbst 2020 kaum parteiinterne Wahlen möglich waren, wurde die Wahlperiode der „alten" Landesratsmitglieder per Umlaufbeschluss der Landesparteitagsdelegierten bis 31.08.2020 verlängert, so dass der vorliegende Bericht sich hauptsächlich auf deren Tätigkeit bezieht.

In den letzten zweieinhalb Jahren hat sich einiges getan. Die Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand, der Landesgeschäftsstelle und der Fraktion hat sich erheblich verbessert. Mussten wir früher immer mal daran erinnern, dass wir als Landesrat nicht zu übergehen sind, werden wir nun mit einbezogen, wenn es darum geht Arbeitsgruppen zu bilden oder ähnliches. Janina Pfau als Landesgeschäftsführerin oder Andrea Kubank als Landesschatzmeisterin nehmen regelmäßig an unseren Sitzungen teil und berichten detailliert aus dem Landesvorstand. Das Gleiche gilt für Mirko Schultze als Vertreter der Landtagsfraktion. Egal was für Fragen wir haben, die drei stehen Rede und Antwort. Janina und Andrea sowie die Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle haben unsere Arbeit immer wieder unterstützt – herzlichen Dank dafür.

Dank einer Entscheidung des Landesvorstandes stand dem Landesrat in diesem Jahr Arbeitskapazität für das Schreiben des Protokolls zur Verfügung. An dieser Stelle ein besonderer Dank an Rita Kunert, die dies mit viel Akribie und Engagement für uns getan hat und tut.

Corona machte auch uns die Arbeit schwer. So verlegten wir unsere Sitzungen erst nur in den digitalen Raum und im Sommer 2020 versuchten wir es dann hybrid, also eine Kombination aus Präsenz und digital. Hier stellte uns die Landesgeschäftsstelle die benötigte Technik zur Verfügung. Allerdings wurden damit neue Schwierigkeiten eröffnet: Zu wenig Räumlichkeiten (zu bezahlbaren Preisen) wiesen ein stabiles Internet auf. Im Herbst 2020 stellten wir daher wieder komplett auf Videokonferenzen um.

Wo sonst die Umstellung auf Videokonferenz zu einer Erhöhung der Beteiligung führte, verpuffte bei uns dieser Effekt. Nach wie vor ist die Teilnahme eher mäßig und nicht jeder Kreisverband oder landesweite Zusammenschluss ist regelmäßig vertreten, bzw. entschuldigt sich bei Nichtteilnahme. Das ist nicht nur ärgerlich für die betroffenen Kreisverbände oder Zusammenschlüsse, es ist schlichtweg auch unhöflich allen Beteiligten gegenüber. An dieser Stelle sei aber erwähnt, dass einige Kreisverbände und Zusammenschlüsse (fast) immer vertreten waren. Die Sitzungen im Juli und im September 2021 konnten wir dann wieder in Präsenz durchführen. Aus unserer Sicht sollten auch künftig zumindest einige Sitzungen in Präsenz stattfinden.

Um die mangelnde Mitarbeit zu verbessern, machten wir uns natürlich auch Gedanken. So reichten wir beim Landesparteitag 2020 zwei eigene Anträge ein und bieten nun den Mitgliedern des Landesrates an, am Tag vor einer Landesvorstandssitzung die Beschlussvorlagen gemeinsam zu besprechen, um dann schließlich zur Landesvorstandssitzung unsere gemeinsamen Ansichten und Gedanken dazu einfließen zu lassen. Dies wird auch nach der Pandemie digital weiter angeboten werden, da es sehr guten Anklang gefunden hat. Bei den Landesvorstandssitzungen waren die Sprecher*innen des Landesrates regelmäßig vertreten.

Schwerpunkte unserer inhaltlichen Arbeit im Rahmen der Wahrnehmung der satzungsmäßigen Aufgaben des Landesrates waren beispielsweise die regelmäßige Diskussion zum Stand der Vorbereitung auf Wahlen, die Debatten um den Landeshaushalt und die in Sachsen besonders restriktive Schuldenbremse und die Bildungspolitik des Landes. Parteiintern haben wir u.a. mehrfach über den Stand der Strukturdebatte sowie über den Haushalt und die Mitgliederentwicklung des Landesverbandes diskutiert. Ein regelmäßiger und für viele wichtiger Tagesordnungspunkt sind die Berichte aus Kreisverbänden und landesweiten Zusammenschlüssen.

Der Landesrat bedankt sich bei Ralf Becker und Katharina Hanser, die während des Berichtszeitraums aus persönlichen Gründen als Sprecher*innen des Landesrates zurückgetreten sind, für ihre engagierte Arbeit. Aktuell amtieren Steffi Brachtel und Torsten Steidten als Sprecher*innen, die Neuwahl ist für den 20.11.geplant.

Alles in allem waren es spannende zweieinhalb Jahre. Für eine Mitarbeit im Landesrat können wir guten Gewissens Werbung machen. Leider waren bis zum Stichtag Ende August 2021 noch viele Plätze im Landesrat nicht durch Wahlen besetzt, zwischenzeitlich sieht dies erfreulicherweise schon besser aus.

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

B. Berichte

B.7. Wahl- und Wahlkampfauswertung an den Landesparteitag an den 16. Landesparteitag 1. Tagung

Einreicher*innen: Wahlkampfleitung

Wahl- und Wahlkampfauswertung

Ein anstrengendes und engagiertes Wahlkampfjahr liegt hinter uns und es gibt viel für uns als Partei DIE LINKE, aber auch als Linke zu reflektieren. Als Linke müssen wir uns politisch die Frage nach den Gründen für die miserablen Wahlergebnisse stellen. Da gibt es nichts zu beschönigen. Als DIE LINKE stellen wir uns zusätzlich noch die Frage, wie kampagnen- und wahlkampffähig wir sind und wie wir es bleiben oder werden wollen. Wir müssen mit den verbleibenden Mitteln sparsam umgehen und dabei maximale Wirkung erzielen. Ein effizient organisierter Wahlkampf ist nicht nur eine Notwendigkeit, wenn wir die gesellschaftlichen Verhältnisse ins Wanken bringen wollen. Er ist auch das Mindestmaß an praktischer Solidarität gegenüber den unzähligen Ehrenamtlichen, die im Wahlkampf Tag und Nacht im Einsatz für uns sind und dabei Freizeit und sogar Urlaubstage opfern. Als Wahlkampfleitung legen wir deshalb eine Wahl- und Wahlkampfauswertung vor. Zusätzlich verweisen wir auf die Wahlkampfauswertung der Bundespartei sowie die Zahlen des Statistischen Landesamtes Sachsen und die Wahlauswertung von Horst Kahrs und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Wahlauswertung

Der Ausgang der Bundestagswahl 2021 ist dramatisch: Mit 4,9 % der gültigen Zweitstimmen wäre DIE LINKE eigentlich nicht mehr im Bundestag vertreten. Zwei Mal rettet die Zahl „Drei“ die Weiterexistenz einer LINKEN Bundestagsfraktion: Nur dank der Grundmandatsklausel und der zwei in Berlin gewonnen Direktmandate sowie des in Sachsen im Wahlkreis 153 gewonnenen Mandates von Sören Pellmann kann DIE LINKE ihre Zweitstimmen in die Waagschale der Mandatsverteilung werfen. Dass die Abgeordneten von DIE LINKE weiterhin eine Fraktion (und nicht nur eine Gruppe) im Parlament stellen können, verdanken sie dem Umstand, dass mit 39 von 735 Abgeordneten etwas mehr als 5 % aller Abgeordneten gestellt werden. Bereits drei Abgeordnete weniger würden DIE LINKE unter diese Marke drücken. DIE LINKE befindet sich damit in einem Zustand, den der Bundesgeschäftsführer in aller Härte „Todesstrafe auf Bewährung“ nennt.

Mit Ausnahme des verteidigten Direktmandats im Leipziger Südwahlkreis sind die Ergebnisse in Sachsen kaum weniger dramatisch als in anderen Teilen des Bundesgebiets. Mit nur 9,3 % der gültigen Stimmen rutscht DIE LINKE unter Beachtung ihrer Vorgängerpartei PDS das erste Mal seit 1990 in Sachsen in die Einstelligkeit ab. Nur in drei Bundesländern (Berlin, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern) bleibt sie knapp zweistellig. Bezieht man die Nichtwähler*innen in die Betrachtung ein, konnte DIE LINKE in Sachsen nur noch knapp 7,1 % aller Wahlberechtigten mobilisieren – das ist nur noch knapp jede*r vierzehnte Wahlberechtigte. Das entspricht dem Wert, den die Partei in den ostdeutschen Flächenländern sowie in den drei Stadtstaaten erreicht. In den westdeutschen Flächenländern konnte DIE LINKE nur weniger als 3 % (2,7 %) der Wahlberechtigten überzeugen.

Auch wenn die Wahl 2009 mit Blick auf den Stimmenanteil bei den gültigen Stimmen gemeinhin als Erfolgswahl gilt, setzt sich in Sachsen wie auch in den Ostflächenländern insgesamt ein dramatischer

Abwärtstrend fort, der bereits 2009 begann: Seit dieser Wahl und damit seit vier Bundestagswahlen bzw. seit 16 Jahren mobilisiert DIE LINKE im Osten und in Sachsen durchweg weniger Wahlberechtigte (Sachsen: 2005: 17 %, 2009: 15,7 %, 2013: 13,3 %, 2017: 12 %, 2021: 7,1 %). Der Rückgang war in Sachsen jedoch bei keiner Wahl seit den Anfängen des Parteineubildungsprozesses in der Differenz so deutlich wie bei dieser Bundestagswahl.

Mit Blick auf das Wahlverhalten nach Altersgruppen muss die repräsentative Wahlstatistik abgewartet werden.[1] Mit Blick auf das Wahlverhalten anderer Gruppen sei vor allem auf die Auswertung von Horst Kahrs verwiesen.[2] Für DIE LINKE aber auch gesamtgesellschaftlich ist die soziale Spaltung bereits bei der Frage der Wahlbeteiligung fraglos ein gravierendes Problem: „In der Wahlbeteiligung zeigen sich große Unterschiede: Je mehr Menschen mit einem höheren Einkommen, sicheren Arbeitsplätzen und deutschem Pass in einem Wahlbezirk wohnen, desto höher ist die Wahlbeteiligung. Und umgekehrt: Je höher die Quote der Arbeitslosen und der Hartz IV-Bezieher*innen, der Niedriglöhner*innen und Migrant*innen, desto niedriger ist die Wahlbeteiligung. [..] Wahlbeteiligung hat [..] eine starke sozialräumliche Abhängigkeit.“ Unter Arbeiter*innen ist „die Wahlenthaltung, die Abwendung vom politischen System, die stärkste »Partei«.“[3] In Sachsen liegt die Wahlbeteiligung in 96 sächsischen Gemeinden bei oder weniger als zwei Drittel.[4] Auch innerhalb der Gemeinden gibt es teils ein gravierendes Gefälle: Während die Wahlbeteiligung in einem Leipziger Ortsteil bei knapp 89 % liegt, liegt sie woanders bei ca. 59 % - fast 30 %-Punkte Unterschied. In 220 der etwa 3.500 Nicht-Briefwahlbezirke liegt die angegebene Wahlbeteiligung unter 50 %.

Bundesweit entschieden sich so wenige Vorwahl-Wähler*innen[5] wie noch nie seit 1994[6] für DIE LINKE: Nur knapp ein Drittel (31 %[7]) derer, die 2017 noch DIE LINKE wählten, gaben der Partei auch bei der Wahl 2021 die Stimme. Nur eine einzige der im Bundestag vertreten Parteien hatte in diesem Zeitraum jemals eine niedrigere Haltequote: Die FDP mobilisierte bei der Bundestagswahl 2013 gerade einmal knapp 23 % derer, die sie noch 2009 gewählt hatten. Etwas über die Hälfte der LINKE-Wähler*innen von 2017 entschied sich 2021 für eine andere Partei. Insgesamt ein Drittel (33 %) entschied sich für entweder SPD (19 %) oder Grüne (14 %) – deutlich mehr als noch 2017 (SPD + Grüne: 11,4 %) oder 2013 (17,8 %). Dabei hat sich der Anteil derer, die innerhalb der Wähler*innenschaft von DIE LINKE ihr Kreuz in Summe bei einer der drei Parteien des Mitte-Links-Lagers[8] machen in den letzten drei Wahlen nicht erheblich verändert. Nicht unerwähnt sollte jedoch auch der Umstand bleiben, dass innerhalb des „Bestands“ an Wähler*innen von 2017 knapp ein Drittel bei der Wahl 2013 noch SPD oder Grünen ihre Stimme gaben.

Knapp 4 % wanderten von 2017 auf 2021 zu FDP oder AfD, knapp 3 % zur Union und knapp 8 % zu sonstigen Parteien. Der Anteil der Verstorbenen (6 %) bewegt sich auf dem Niveau der Wahl 2017. Fast ein Achtel (12 %) der Vorwahl-Wähler*innen ging diesmal nicht zur Wahl (2005: 5 %, 2009: 17,6 %, 2013: 11 %, 2017: 7,7 %, 2021: 12,1 %).

Auch bei den Wanderungen lohnt sich der Blick auf langfristige Entwicklungen: Wie bereits angedeutet (s.o.) besteht die größte Wechselbeziehung (Zustrom und Abstrom) traditionell mit der SPD und (weniger, wenngleich auch mit den Ergebnissen der Grünen „mitwachsend“) den Grünen. Als 2013 die AfD erstmals bei einer Bundestagswahl antrat, entschieden sich etwa 6,5 % der vormaligen Wähler*innen von DIE LINKE

1 Diese lag zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Teils des Textes noch nicht vor.
2 Horst Kahrs: Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021, RLS
3 Ebd. S. 23
4 Leider gibt der Landeswahlleiter die Briefwahl-Sonderfälle nur „in eine Richtung“ an, d.h. markiert nur jene Gemeinden, die für eine andere Gemeinde die Briefwahl durchführten – nicht jedoch Gemeinden, die ihre Briefwahl haben durch andere Gemeinden durchführen lassen und daher ggf. eine höhere Wahlbeteiligung haben.
5 Wähler*innen, die bei der vorherigen Wahl des gleichen Typs DIE LINKE wählten.
6 Erst ab hier liegen den Autor*innen entspr. Daten von infratest dimap zu den Wähler*innenwanderungen vor
7 Quelle, auch nachfolgende Angaben dieser Art: Wähler*innenwanderung nach infratest dimap, eigene Berechnung
8 Den Begriff des „Mitte-Links“-Lagers mag man inhaltlich eventuell für sich selbst so oder so bewerten, die Wähler*innen von DIE LINKE legen allerdings eine gewisser „Lagertreue“ in diesem Sinne durchaus an den Tag (von denen, die bei einer Wahl DIE LINKE wählten und bei der darauffolgenden Wahl erneut einer Partei ihre Stimme gaben, wählten zwischen 74 % (2017) und 97 % (1994) eine dieser drei Parteien).

für die extrem rechte Partei. Im Jahr 2017 waren es ca. 11 % und 2021 knapp 4 % der Vorwahl-Wähler*innen. Gemessen an allen[9] Abstrombewegungen von DIE LINKE hatte die Wanderung nach Rechtsaußen einen Anteil von 13 % (2013), ca. 23,5 % % (2017) bzw. ca. 5,5 % (2021). Die fortgesetzten Wahlniederlagen können unmittelbar seit 2013 also nur in Teilen mit dem zwischenzeitlichen Aufstieg der extremen Rechten erklärt werden[10]. Das trifft auch dann zu, wenn man versucht, die spezifische Situation im Osten zu berücksichtigen. Da die Wähler*innenwanderungen von infratest dimap nur bis einschließlich 2009 nach Ost und West getrennt publiziert worden sind, muss behelfsmäßig auf die (etwas weniger aussagekräftigen) Zahlen der Landtagswahlen im Osten zurückgegriffen werden. Bei den drei Landtagswahlen 2014 (Sachsen, Brandenburg, Thüringen) entschied sich unter den Vorwahl-Wähler*innen von DIE LINKE, die sich aktiv anders entschieden, der anteilig größte Teil für die Nichtwahl bei der Wahl 2014 – besonders dramatisch in Brandenburg. Etwa zwischen 4 % und 5 % entschieden sich jeweils bei diesen drei Wahlen für die extreme Rechte. Bereits zwei Jahre später betrug dieser Wert bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern knapp 12 % bzw. 13 %. Im zweiten Landtagswahlturnus mit Antritt der Rechtsaußenpartei entschieden sich knapp 9 % (Sachsen) bzw. knapp 7 % (Brandenburg, Thüringen) für eben jene. Dieser Wert sank auf knapp unter 3 % bei den Landtagswahlen 2021 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Setzt man als Ausgangswert die Stimmenzahlen von DIE LINKE bei der letzten Landtagswahl vor 2012 und betrachtet, wie viele Stimmen bei den zwei darauffolgenden Landtagswahlen in Summe und unmittelbar nach Rechtsaußen wanderten, ergibt sich eine Stimmenzahl, die einem Anteil des Ausgangswerts von knapp 10 % (Brandenburg) bis ca. 15 % (Mecklenburg-Vorpommern) entspricht. Unmittelbar hat DIE LINKE bei den beiden letzten Landtagswahlen im Osten also in etwa eine Anzahl Wähler*innen an die AfD verloren, die einem Zehntel bis Siebtel ihrer letzten Stimmenzahl bei einer Landtagswahl vor 2012 entspricht. Diese (unmittelbaren) Abwanderungsbewegungen erklären damit jedoch nur im Teil die Verluste für DIE LINKE, die in Sachsen und Brandenburg 2019 im Vergleich zu den Landtagswahlen zehn Jahre zuvor knapp 40 % bzw. 59 % ihrer absoluten Stimmenzahl einbüßte. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern 2021 reduzierte DIE LINKE ihre absolute Stimmenzahl um knapp 50 % bzw. ca. 27 % im Vergleich zu 2011.[11] Im Langzeittrend diffundierte die Wähler*innenschaft von DIE LINKE im Osten – und damit auch bei uns in Sachsen – in verschiedene Richtungen ab: In das Lager der Nichwähler*innen, zu SPD oder Grünen oder nach Rechtsaußen. Diese Absetzungsbewegungen in recht verschiedene Richtungen können dabei auch so gedeutet werden, dass sie teilweise an die auch innerhalb unserer Partei geführten Debatten anknüpfen. Man könnte unterstellen, diese Debatten seien so geführt worden, dass am Ende letztlich alle Adressat*innen unzufrieden waren.

Wie schon zur letzten Bundestags- sowie den letzten beiden Landtagswahlen ist ein deutliches Gefälle der LINKEN-Stimmenanteile nach Zahl der Wahlberechtigten in den Gemeinden erkennbar. Fast ohne Ausnahme gilt: Je geringer die Zahl der Wahlberechtigten (und damit der Einwohner*innen), desto niedriger das Ergebnis für DIE LINKE. Während DIE LINKE in einigen wenigen Mittelzentren zumindest den (ebenfalls niedrigen) Stimmenanteil der Landtagswahl halten konnte (Freital, Pirna, Bautzen, Radebeul, Radeberg, Görlitz), sank dieser in der Mehrheit der mittleren Städte, in einigen teils deutlich (Hoyerswerda, Delitzsch, Borna).

In neun der 16 Wahlkreise sank unser Zweitstimmenanteil stärker als der Stimmenanteil bei den Erststimmen. Besonders deutlich ist der Unterschied zwischen den Verlusten in den beiden Leipziger Wahlkreisen sowie im Wahlkreis Dresden I. In allen Wahlkreisen Sachsens – mit einer Ausnahme[12] – hat DIE LINKE mehr Erststimmen als Zweitstimmen. In den Wahlkreisen Dresden I und Leipzig II ist dieser

9 Abstrom an Parteien ebenso wie Verlust an Nichtwähler*innen, Verlust durch Fortgezogene und Verstorbene.
10 Dazu kommen fraglos mittelbare Effekte: Debattengegenstände, Polarisierungen und „Horse-Race"-Situationen ebenso wie eigene Verunsicherungen etc. Die Wanderungsbewegungen von einer Wahl zur anderen bilden zudem nicht ab, wenn eine Wanderung von A nach C über einen „Zwischenhalt" B (bspw. Nichtwahl) erfolgte.
11 Auch hier sind „Umweg-Wanderungen" zu berücksichtigen. Gerade in Brandenburg blieb bei der Wahl 2014 fast ein Drittel (!) der Wähler*innen von 2009 der Wahlurne fern. Auch sonst ist diese Darstellung nur geeignet, die Größen-Dimensionen etwas anschaulicher darzustellen. Nicht berücksichtigt oder gegengerechnet wurde der Zustrom von Rechtsaußen beim zweiten Wahlturnus, der zumindest für Sachsen, Brandenburg und Thüringen für die letzte Landtagswahl kaum ins Gewicht fällt.
12 In besagtem Wahlkreis hat sich der „Rückstand" im Vergleich zu 2017 aber leicht verringert

Abstand mit etwas über 8 %-Punkten besonders hoch, ebenso in Zwickau mit etwas über 6 %-Punkten. Mit Ausnahme von SOE und Leipzig I liegt jedoch kein Erststimmenanteil 2 %-Punkte über dem Zweitstimmenanteil, in nur einem Wahlkreis über einen Prozentpunkt darüber. Im Wahlkreis Leipzig II ist es trotz auch hier erheblicher Zweitstimmenverluste gelungen, die Erststimmenverluste (-2,5 %-Punkte) deutlich unter diesem Niveau zu belassen und mit einem Erststimmenanteil von 22,8 % (nach 25,3 % 2017, 24,9 % 2013 und 25,3 % 2009) das Direktmandat zu halten. Trotz etwas geringerem Verlust im Vergleich zu 2017 ist das im Wahlkreis Dresden I nicht gelungen – auch deshalb, weil die Verluste der Union (- 8,9 %-Punkte) sich zwar auf ähnlichem Niveau wie in Leipzig II (-8,8 %-Punkte) bewegten, aber nicht ansatzweise so deutlich auf die Erststimmen (CDU-Kandidat: -3,5 %-Punkte) übertrugen, wie in Leipzig II (CDU-Kandidat: -8,2 %-Pkt. bei Erststimmen).

Ausblick

Ein Wahlergebnis ist einerseits das Ergebnis von Faktoren, die man kaum oder nur bedingt steuern kann. Dazu gehört das gesellschaftliche Grundsetting ebenso wie die Aufstellung der Konkurrenz. Andererseits ist das Wahlergebnis aber natürlich auch immer Ergebnis der eigenen Arbeit und Aufstellung. Nach der Bundestagswahl 2017 hatte die SPD eine externe und kritische Evaluation durchgeführt.[13] Das hat den Vorteil, dass nüchtern analysiert werden kann und der Wahlauswertungsprozess nicht einfach in einem Topf mit ständigen parteiinternen (Aus-)Wahlprozessen und üblichen Debatten zu einem undefinierbaren Eintopf wird. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 schreiben Jana Faus und Horand Knaup im *Vorwärts* dann auch, wie sehr die SPD versucht hat, aus ihrer Niederlage von 2017 zu lernen und das gerade im Punkt Geschlossenheit versucht hat umzusetzen: „Die Geschlossenheit der Partei war – selbst in monatelang frustrierenden Zeiten – einzigartig. Noch nie ist es der SPD während einer Kampagne gelungen, eine vergleichbar geschlossene Außendarstellung abzugeben. Das ist vor allem auch deshalb bemerkenswert, da das Team Geywitz/Scholz Ende November 2019 gegen Esken/Walter-Borjans im Kampf um den Parteivorsitz eine Niederlage einstecken musste.“[14] DIE LINKE wird sich als Gesamtorganisation also nicht nur fragen müssen, wie und wo sie sich in der deutschen Parteien-landschaft und auch anhand gesellschaftlicher Konfliktlinien verortet, sondern auch, wie sie mit der erwartbaren Fortexistenz von Widersprüchen und verschiedenen Ansichten der Gesellschaft auch innerhalb der eigenen Partei umzugehen gedenkt. Diese Herausforderung wird nicht von einzelnen Landesverbänden und deren Akteur*innen allein gestemmt werden können. Als noch drittgrößter Landesverband trägt die sächsische LINKE hierbei aber eine besondere Verantwortung. Für sich muss sie die Frage stellen, wie sie sich in der sächsischen Parteienlandschaft auch mit Blick auf die erneut nahenden Wahlen aufstellt. Dass ein eigenständiges landespolitisches Agieren mit Wahlerfolgen honoriert werden kann, zeigt das Beispiel Thüringen. Dass dies alles andere als leicht ist, zeigen die 4 anderen ostdeutschen Flächenländer – Sachsen eingeschlossen.

Wahlkampfauswertung

Struktur

Der Landesverband hat bereits im Juni 2020 die Wahlkampfstruktur des Landesverbandes festgelegt. Als Wahlkampfleiterin wurde die Landesgeschäftsführerin eingesetzt inklusive zwei Stellvertretern, dem Pressesprecher und einer, neu einzustellenden, Wahlkampfmanager*in. Ab November 2020 bis Dezember 2021 stellte der Landesvorstand einen Wahlkampfmanager ein. Zusätzlich wurde ein Wahlplenum einberufen, welches aus folgenden Mitgliedern bestand:

- die Wahlkampfleitung
- die Vorsitzenden der Kreisverbände

13 SPD (2018): Aus Fehlern lernen. Eine Analyse der Bundestagswahl 2017, https://gleft.de/4r3
14 Vorwärts.de: Aus Fehlern gelernt: Wie die SPD die Bundestagswahl gewonnen hat, https://gleft.de/4r4

- die Wahlkampfleiter*innen der Kreisverbände
- die Verantwortliche für den Frauenwahlkampf
- 2 Verantwortliche (quotiert) für den Jugendwahlkampf
- 2 Mitglieder (quotiert) des Landesrates
- Vertreter*innen (quotiert) der Landesweiten Zusammenschlüsse
- mindestens ein Mitglied der sächsischen Landesgruppe im Bundestag und ein Mitglied der Landtagsfraktion in Sachsen
- ein*e Regionalmitarbeiter*in der Landesgruppe im Bundestag

Die Kreise wurden gebeten Wahlkampfverantwortliche vor Ort zu bestimmen. Das Wahlplenum tagte einmal im Monat digital.

In seiner Sitzung im April 2021 wurden vom Landesvorstand zwei strategische Wahlkreise festgelegt (WK 153 Sören Pellmann; WK 159 Katja Kipping). Beim Parteivorstand konnte damit eine zusätzliche Unterstützung beantragt werden. Die beiden Wahlkreise erhielten je 7.000 € finanzielle Unterstützung, die Kosten für die je 50.000 Personenfolder wurden übernommen und die dritte Welle der mobilen Großflächen wurde mit den Motiven der jeweiligen Direktkandidierenden gestaltet.

An der Festlegung der Wahlkampfstrategie und der Erarbeitung der Wahlkampfmaterialien war der Landesverband durch die Teilnahme am Bundeswahlplenum beteiligt. Jedoch war der Einfluss eher gering, da die Entscheidungen letztendlich im Parteivorstand getroffen wurden. Bei der Wahlzeitung konnten wir eine sächsische Doppelseite gestalten und haben hier einerseits die Benachteiligung Ostdeutschlands 31 Jahre nach der Vereinigung sowie andererseits die erfolgreichen Arbeitskämpfe als Schwerpunkt gesetzt.

Erstmals wurde auch ein eigener Shop für die Landesverbände zur Verfügung gestellt, über welches das Personenmaterial bestellt werden sollte. Außerdem wurde eine Wahlkampf-App (https://www.die-linke.app/start/) für die Wahlkämpfer*innen zur Verfügung gestellt.

Kandidierende

Wie bereits bei den vergangenen Wahlkämpfen oblag die Findung und Nominierung der Direktkandidat*innen den Kreis- und Stadtverbänden. Dies gestaltete sich, im Vergleich zu den vorherigen Wahlkämpfen, als deutlich schwieriger. Insgesamt haben wir 16 Direktkandidat*innen in den Wahlkreisen und drei zusätzliche Listenkandidat*innen nominiert. Von den Direktkandidat*innen waren 10 männlich und 6 weiblich. 11 Personen traten dabei zum ersten Mal an. Das Durchschnittsalter lag bei 41 Jahren. Diese große Anzahl neuer Kandidat*innen haben wir in der Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes besonders berücksichtigt. Seitens der Landesgeschäftsstelle haben wir deshalb insbesondere für Unterstützung geworben bzw. aus der Landesgeschäftsstelle konkrete Unterstützungen angeboten, die für diese Kandidierenden konzipiert waren. Dabei haben wir die Beantwortung von Anfragen unterstützt, Websites mit erstellt und entsprechende Raster zur Verfügung gestellt, Wahlkampfunterstützung organisiert usw. Weiterhin haben wir alle Kandidat*innen mit Informationsmails versorgt, wann es welche Materialien gibt, Gegnerbeobachtungen, was aktuell zu beachten ist, Argumente zu bestimmten Themen und Musterantworten zu Wahlprüfsteinen geliefert, so dass alle, die im Wahlkampf unterwegs waren, Zugriff auf Informationen hatten.

Materialien

Die Gestaltung, die Auswahl und der Mix der Materialien orientierten sich an der bundesweiten Wahlkampfstrategie. Bei den Kleinwerbemitteln wurde besonders auf Nachhaltigkeit gesetzt, womit beim Kugelschreiber zumindest der praktische Verteileffekt auf der Strecke blieb.

Material	**Stückzahl**
Mobile Großflächen	250
Themenplakate	36.000
Personenplakate	8.215
SpiKa Plakate	4.000
Personen-Infomaterial	214.000
Wahlzeitung	900.000
Kurzwahlprogramm	176.000
Kugelschreiber	26.000
Malbücher	6.000
Saattütchen	19.000
Fahrradsattelbezüge	6.000

Die Beliebtheit der einzelnen Materialien unterschied sich jedoch zwischen den einzelnen Wahlkreisen. Besonders die Werbemittel, die für eine Verkehrswende stehen, haben es im ländlichen Raum schwerer. Es erwies sich ebenfalls als vorteilhaft, Jugendmaterial der linksjugend dabei zu haben, um mit dem abweichenden Layout und weiteren Materialien auch jüngere Wähler*innen ansprechen zu können.

Bei den Printmaterialien setzten wir auf Wahlkampfzeitungen, Kurzwahlprogramme und Personenfolder und einiges mehr. Um dem eigenen Anspruch einer inklusiven Partei gerecht zu werden, wurden die Kurzwahlprogramme im Netz in folgenden Sprachen angeboten: Arabisch, Dänisch, Englisch, Französisch, Friesisch, Griechisch, Hebräisch, Italienisch. Kurdisch, Niedersorbisch, Obersorbisch, Plattdeutsch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch, Tschechisch, Türkisch, Vietnamesisch. Außerdem produzierten wir das Kurzwahlprogramm in leichter und einfacher Sprache und in Blindenschrift.
Neben Printmaterialien wurden häufig Anzeigen in Magazinen und Zeitungen geschalten. Die Inhalte der Anzeigen reichten dabei von Miniplakaten bis zu großflächigen Kandidierendenvorstellungen.

Plakate/Großflächen/Personenmaterial

Allgemein wurden die Gestaltung der Plakate positiv bewertet. Jedoch muss angemerkt werden, dass die Qualität einiger Themenplakate schlecht war, darüber wurde der Bundesverband informiert. Die Organisation der Personenplakate stellte sich dahingegen etwas schwieriger dar. Die Fotos für die Kandidierenden wurden durch die Landesgeschäftsstelle organisiert und der Druck sollte über den neuen Druckshop erfolgen. Jedoch war der Anbieter mit der Menge anscheinend überfordert und so konnten Liefertermine nicht eingehalten werden bzw. die Anlieferung direkt in die Kreise gestaltete sich problematisch. Bei einzelnen Personenplakaten mussten wir auf einen anderen Druckshop zurückgreifen. Das gleiche Problem trat auch bei den Foldern und Postkarten für die Kandidat*innen auf. Auch wenn eine

Nutzung des Druckshops nach der Bundestagswahl möglich gewesen wäre, werden wir von diesem Angebot Abstand nehmen.
Durch die Unterstützung der sächsischen Bundesvorstandsmitglieder konnte die Anzahl der mobilen Großflächen auf Landebene erhöht werden und zusätzlich haben einige Kreisverbände weitere Großflächen bestellt. Leider gestaltete sich in diesem Wahlkampf die Zusammenarbeit mit dem von der Bundesgeschäftsstelle beauftragten Unternehmen als äußerst schwierig. Die Großflächen wurden zum Teil falsch oder gar nicht aufgestellt und eine Korrektur erfolgte, trotz sehr vieler Ermahnungen, nicht. Zusätzlich dauerte die Behebung von Beschädigungen sehr lang. Auch in diesem Jahr konnten durch Spenden wieder Festflächen und Kinowerbung gebucht werden. Leider erfolgte bei Beschädigung der Festflächen keine Erneuerung der Plakate, was aber schon in den letzten Jahren der Fall war.

Finanzen

Die Kampagne der Bundestagswahl wurde finanziell zum großen Teil durch den Bundesverband getragen, inklusive bundesweiter Wahlwerbung, Druck der Wahlkampfzeitung und Kleinwerbemitteln. Der Landesverband unterstützte den Wahlkampf mit rund 149.000 €. Davon wurden die Personalkosten des Wahlkampfmanagers, die Fotos der Kandidierenden, die Touren, Anzeigen bei Social Media und die LVV finanziert. Die Kosten für das Personenmaterial sowie regionale Anzeigen wurden von den Kreisverbänden getragen. Die Wahlkreise hatten jeweils eigene Wahlkampftöpfe, die sich in den Summen stark unterscheiden. Durch die Spendenkampagne des Bundes hat der Landesverband 10.000 € erhalten. Zusätzlich wurde durch die Landesvorsitzenden ein Mitgliederbrief verschickt, in dem auch zu Spenden aufgerufen wurde. Hier konnten wir rund 3.200 € einnehmen. Verschiedene Kreis- bzw. Stadtverbände haben eigene Spendenbriefe veröffentlicht.

Mobilisierung/Ehrenamt/Mitglieder

Der Personenkreis der Genoss*innen, welche noch im Wahlkampf aktiv mitarbeiten können, nimmt, insbesondere in den Flächenkreisverbänden, ab. Trotzdem haben alle Wahlkreise den Wahlkampf auf einem hohem Niveau umgesetzt. Die unterschiedlichen Bedingungen von Großstädten zum ländlichen Raum und Wahlkreise mit MdBs und teilweise komplett ehrenamtlichen Kandidierenden lassen den berühmten Tag und Nacht Vergleich zu. Eine Unterstützung aus den großen Stadtverbänden ist für einen solidarischen Wahlkampf und Landesverband nicht mehr wegzudenken.

Das flächendeckende Plakatieren wird immer mehr zu einer Herausforderung. Aus diesem Grund gab es auch in diesem Wahlkampf wieder eine Plakatierungstour zur Unterstützung.

In einigen Kreisverbänden ist eine professionelle Verteilung nicht mehr möglich, da entweder kein*e Verteiler*innen mehr vorhanden oder bei der professionellen Verteilung große Probleme aufgetreten sind.

Viele der Kreisverbände haben auch in diesem Wahlkampf wieder auf klassische Printanzeigen in den regionalen Zeitungen investiert, aber auch die Werbeschaltung in den sozialen Medien wurde genutzt. Zusammen mit dem Landesverband und den Kreisverbänden wurde eine große Anzeige bei Tag24 geschalten. Außerdem haben wir einen eigenen Radiospot produziert.

Es ist festzustellen, dass der Wahlkampf in den Kreisverbänden auf immer weniger Schultern verteilt werden kann und somit zu einer Überbelastung einzelner Genoss*innen führt.

App und Spiel

Erstmals haben wir zusammen mit dem Bundesverband und anderen Landesverbänden versucht ein Handygame im Wahlkampf einzusetzen. Leider ist die Downloadzahl im Vergleich eher gering, dazu fehlte es an Werbung. Dennoch sollten solche Ideen, als niederschwelliges Angebote, durchaus weiterverfolgt werden. Zusätzlich gab es für alle Wahlkampfhelfer*innen eine Wahlkampfapp. Diese kam leider sehr spät

und war hauptsächlich für Haustürgespräche konzipiert und für Plakatierung und Flyeraktionen eher schwer einsetzbar. Jedoch sollte die App bis zum nächsten Wahlkampf weiter ausgebaut werden.

Touren

Wir waren mit öffentlich wirksamen Elementen (Würfel 4x4m; Air Frames, Rententöpfe) auf Plätzen vor allem im ländlichen Raum unterwegs. Insgesamt wurden diese Elemente über 200-mal aufgebaut.

Auch die beliebte Kochtour aus den letzten Wahlkämpfen konnte mit dem Material aus der Landesgeschäftsstelle wieder in einzelnen Wahlkreisen durchgeführt werden, wobei jedoch keine zentrale Planung auf Landesebene erfolgte.

Neben den landesweiten Touren fanden diverse Promitourtermine mit Katja Kipping, Sören Pellmann, Dietmar Bartsch, Gregor Gysi, Janine Wissler, Susanne Hennig-Wellsow, Amira Mohamed Ali und Petra Pau statt. Die Terminkoordination sollte über die Wahlfabrik in Absprache mit den Wahlkreisen laufen. Hier gab es besonders viele Einzeltermine mit Promis ohne dabei solidarisch an den Gesamtwahlkampf zu denken. Im Ergebnis gab es zwei Wahlkreise ohne einen einzigen Promi-Termin. Insgesamt waren die Promitermine bei Besucher*innen und Kreis-/Stadtverbänden unterschiedlich beliebt und erfolgreich besucht. Die beiden größten Wahlkampfveranstaltungen fanden mit Gregor Gysi am 1. September in Dresden und Gregor und Janine am 23. September in Leipzig statt.

Bei der Planung zukünftiger Promi Veranstaltungen sollten wir ein besonderes Augenmerk auf die Effektivität der Veranstaltung gelegt werden. Ziel der Veranstaltungen sollte es sein, mit möglichst geringem Aufwand von zeitlichen und finanziellen Ressourcen eine möglichst große Zahl potenzieller Wähler*innen zu erreichen. Hierfür gilt es auch die besonderen Präferenzen von Promis zu beachten.

Veranstaltungen/Podien

In diesem BT-Wahlkampf gab es so viele Terminanfragen von Vereinen, Initiativen und Organisationen wie noch nie. Neben unzähligen Podien in den Wahlkreisen gab es 21 landesweite Einzelpodien, an denen wir teilnahmen, und 32 Podien der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit den drei großen Zeitungen.

Schlussbemerkungen

Insgesamt lässt sich sagen, dass DIE LINKE. Sachsen einen engagierten und gut organisierten Wahlkampf ohne größere Zwischenfälle geführt hat. Eine frühzeitigere Planung und Koordination von Touren und anderen Wahlkampfprozessen vermeidet Stress in der heißen Phase der Vorbereitung, stellt uns jedoch auch immer mehr vor die Herausforderung der personellen Umsetzung.

DIE LINKE wird sich nun neu aufstellen und ihre Rolle als Partei, aber auch als gesellschaftliche Kraft überdenken müssen. Dahinter steht nichts Geringeres als die Frage, für welche Ziele und Utopien wir stehen, wie wir diese zu verwirklichen gedenken und welchen Zielgruppen wir das Potenzial für diese Veränderungen beimessen. All dies gilt es vor dem Hintergrund des Bedeutungsverlusts zu überdenken und basierend darauf eine Strategie für die Partei innerhalb und außerhalb der Wahlkämpfe zu entwickeln.

Wir möchten die Gelegenheit trotzdem nutzen, um allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Wahlkämpfer*innen für ihren unermüdlichen Einsatz zu danken und hoffen auf eine solidarische Diskussion für den Fortschritt und Zusammenhalt unserer Partei.

Info

Im Rahmen der organisatorischen Wahlkampfauswertung wurde eine Umfrage über das Wahlplenum durchgeführt und zu diversen Themen (Material, Touren, Kommunikation, ...) votiert. Da die Ergebnisse (56 Seiten) zu umfangreich für dieses Arbeitsheft sind, können diese bei Interesse in der Landesgeschäftsstelle angefragt werden.

Sachanträge

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

C. Sachanträge

C.1. Digitalpolitische Leitlinien

Ä.C.1.1. Änderungsantrag: Einfügung Abschnitt Barrierefreiheit und Nutzungsfähigkeit

Einreicher*innen: LAG Netzpolitik & Gaming

Unterstützer:innen: Einreicher:innen

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Einfügung des folgenden Abschnitts nach Zeile 533. Die Nummerierung der folgenden Abschnitte wird dementsprechend angepasst.

6. Barrierefreiheit und Nutzungsfähigkeit
6.1 Barrierefreiheit

Digitalisierung birgt Chancen, Menschen mit eingeschränkter Mobilität verstärkt Zugang zu Informationen und die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Um dies zu gewährleisten, sollen u.a. die öffentlichen Teile der Sitzungen kommunaler Parlamente per Live-Stream im Internet abrufbar sein und alle Vorlagen dafür vorab barrierefrei online gestellt werden, wir wollen Angebote für digitale Bürger:innenbeteiligung stärken.

Bei allen digitalen Angeboten ist Barrierefreiheit für uns von hoher Priorität. Die Angebote sind so zu gestalten, dass Menschen mit Sehbehinderungen oder Menschen, die typische Eingabegeräte wie Tastatur und Maus nicht oder nur bedingt verwenden können und auf Sprachsteuerung des Rechners angewiesen sind, diese Inhalte trotzdem abrufen können.

Wie in der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV) 2.0 verbindlich gefordert, sollen bestehende Hindernisse beim barrierefreien Zugang auf Webseiten angezeigt werden und eine entsprechende Feedback-Funktion eingerichtet werden. Die Webpräsenzen der öffentlichen Einrichtungen müssen hier ihrer Vorbildwirkung für den privaten Sektor gerecht werden und die Richtlinien konsequent umsetzen.

Für jede Anwendung muss ein positiver Bescheid des Prüfberichts von entsprechend qualifizierten Personen oder Institutionen vor Inbetriebnahme vorliegen. Das ist bei der Planung und ggf. Auftragsvergabe zu berücksichtigen. Ebenso muss es für jedes digitale Angebot analoge Alternativen geben. In der Kommune, müssen entsprechende Geräte vorhanden sein.

6.2 Nutzungsfähigkeit

Benutzerfreundlichkeit und intuitive Bedienbarkeit sollen bei aller Software und bei digitalen Angeboten, die durch öffentliche Mittel finanziert bereitgestellt werden, im Vordergrund stehen. Wir wollen prüfen, ob der Zugang zu Anleitungen und Handbüchern, die die Nutzung von digitalen Medien und Geräten erleichtern, vereinfacht bzw. standardisiert werden kann. Notwendige Schulungsmaßnahmen sind einzuplanen und vor Inbetriebnahme der Software abzuschließen. Hier ist die Personalvertretung mit einzubeziehen.

Grundsätze der Usability wie Farbgestaltung der Anzeigeelemente, ausreichende Kontrastdarstellung, Nutzung auf allen möglichen Geräten (Tablet, Smartphone, PC/Laptop) mit den unterschiedlichsten Betriebssystemen ist vor Freigabe der Software zur Nutzung zu testen und nachzuweisen.

Begründung:

Auch wenn Barrierefreiheit im Abschnitt 5 schon thematisiert wird, denken wir, dass das Thema in einem separaten Abschnitt betrachtet werden sollte.

Entscheidung des Landesparteitages:

Dringlichkeitsanträge

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

D. Dringlichkeitsanträge

D.1. Unterstützung Impfkampagne

Einreicher: Andreas W.

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

DIE LINKE.Sachsen unterstützt die Impfkampagne

1. DIE LINKE. Sachsen unterstützt die Impfkampagne von Bundes- und Landesregierungen, RKI usw., um der Ausbreitung des Corona-Virus Herr zu werden und um Leben zu schützen.

2. DIE LINKE. Sachsen respektiert die Entscheidung von Menschen, die sich aus unterschiedlichen Gründen gegen eine Impfung gegen Corona unterstützen.

3. DIE LINKE. Sachsen setzt sich dafür ein, dass sozial Schwache und Einkommensschwache Corona-Test nicht bezahlen müssen, unabhängig davon, ob sie geimpft sind oder nicht.

Begründung:

Dringlichkeit wird vor dem Hintergrund der aktuellen Äußerungen von Sahra Wagenknecht und aktuellen Presseberichten über Lockdown-Maßnahmen für Ungeimpfte begründet

Rest erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

Parteiinterna

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

F. Parteiinterna

F.2.-F.6. Anträge zur Strukturdebatte

Ä.Ä.F.2.1.1. Änderungsantrag zu Ä.A.F.2.1.-Ä.A.F.6.1.

Einreicher*innen: Steffi Brachtel, Ina Richter, Lutz Richter, Jutta Häcker, Peter Kroh, Sabine Schilka

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Abweichend vom Änderungsantrag des Landesvorstandes, der die Nichtbeantragung der Anträge F.2.-F.6 möchte, soll der Landesparteitag über den Antrag F 3 abstimmen.

Begründung:

Wir möchten den F.3. gerne auf diesem Landesparteitag beschließen, da die Erfassung des Materials, Büros, Fahrzeuge etc. schon jetzt angelegt werden kann, um damit in der weiteren Strukturdebatte dienlich zu sein.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

F. Parteiinterna

F.7. Solidarischer Finanzausgleich

Ä.F.7.4. Ergänzung Kreisverbände/Stadtverbände

Einreicher*innen: Steffi Brachtel, Dr. André Hahn, Ina Richter, Lutz Richter, Jutta Häcker, Peter Kroh, Sabine Schilka

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ergänzung des Punktes 4:

Dieser Beschluss tritt nur dann im Kraft, wenn mindestens 8 der 13 Kreisverbände/Stadtverbände ein positives Votum ihrer jeweiligen Kreisvorstände/Stadtvorstände abgegeben haben. Grundlage der Beschlussfassung ist ein durch die Landesschatzmeisterin vorzulegendes Papier, welches für jeden KV/SV die finanziellen Auswirkungen am Beispiel des letzten Kalenderjahres aufzeigt. Die Kreisverbände/Stadtverbände werden gebeten, in den nächsten Monaten eine schriftliche Stellungnahme abzugeben, die ihre Positionen und Erwartungen hinsichtlich der Strukturen und Finanzen der Landespartei zum Ausdruck bringt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

F. Parteiinterna

F.7. Solidarischer Finanzausgleich

Ä.F.7.5. Änderungsantrag: Evaluierung der Finanzierungsmodelle des Landesverbandes

Einreicher*innen: Rico Gebhardt, Olga Naumov, Jana Pinka, Johannes Schmidt, Adam Bednarsky, Alexander Weiß, Lars Legath, Jens Matthis, Klaus Bartl, Cornelia Falken, Marco Götze

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Die Anträge F.7 und Ä.F.7.1 bis F.7.4. werden auf dem Landesparteitag nicht behandelt.

Der Landesparteitag stellt fest, dass es eines tragfähigen Finanzkonzeptes für die Finanzen des Landesverbandes bedarf. Dabei sollen einerseits die administrativen und die politischen Aufgaben des Landesvorstandes, aber auch die regionalen Besonderheiten der 10 Kreisverbände und der 3 Stadtverbände berücksichtigt werden. Ziel muss es bleiben, dass wir die politische und die organisatorische Arbeit landesweit finanziell absichern.

Der Landesparteitag stellt fest, dass der Vorschlag des Finanzbeirates im Antrag F.7. ein Modell sein könnte.

Der Finanzbeirat wird in Zusammenarbeit mit dem/der Landesschatzmeister*in und den Kreisvorsitzenden oder den Kreisschatzmeister*innen beauftragt, der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden bis zum 30.06.2022 eine Entscheidungsgrundlage für das Finanzkonzept der Landespartei vorzulegen.

Für eine faktenbasierte Entscheidung sind dazu nötig:

- eine Klärung, welche der aktuellen Positionen/ Kostenpunkte aus Finanzplänen bzw. zugeordneten Anteilen der Stadt- und Kreisverbände zu den Stufen 1 & 2 der Landesebene bzgl. (juristischen und) administrativen sowie politischen Aufgaben zugehörig sind und damit in dieser Ebene nach dem Modell aus F.7. abgekoppelt und fix abgegolten werden,

- Beispielabrechnungen, bezogen auf die letzten Jahre (Wahl- und Nichtwahljahre) und

- eine Planungsrechnung für 2023 nach dem bisherigen einstufigen Verteilungsschlüssel als auch nach dem Modell aus F.7. vorzulegen.

Die Kreisvorstände werden gebeten, in den nächsten Monaten eine Stellungnahme abzugeben, die ihre Positionen und Erwartungen hinsichtlich der Strukturen und Finanzen der Landespartei zum Ausdruck bringt.

Begründung:

Unsere Partei steht vor großen Herausforderungen, trotz der landesweit sinkenden Mitgliederzahlen und der Ergebnisse der letzten Wahlen wollen wir weiterhin flächendeckend präsent und für alle Menschen in Sachsen die Ansprechpartnerin für soziale Gerechtigkeit sein. Um dies auch künftig sicherzustellen, befinden wir uns seit 2019 in einer landesweiten Strukturdebatte. Daraus sind für die heutige Tagung erste organisatorische Anträge erwachsen. Dieser Prozess muss, gerade nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 2021, so offen wie möglich fortgesetzt werden. Solange die Strukturdebatte nicht abgeschlossen ist und noch nicht feststeht, welche Ebene künftig für welche Aufgaben zuständig ist (und ausfinanziert werden sollte), sollten wir uns nicht durch Parteitagsbeschlüsse auf einen finanzpolitischen Weg fixieren lassen.
Ein Beschluss dieses Finanzkonzeptes F.7., für welches es bisher keinerlei Beispielrechnungen gibt, wäre eher vom Modell Hoffnung als von einer souveränen Entscheidungsfindung unserer Delegierten getragen.

Entscheidung des Landesparteitages:

Kandidaturen

Kandidaturen können bis zum Abschluss der Listen auf dem Landesparteitag angemeldet werden.

Für das Erscheinen an der Pinnwand vor Ort
bitte bis Do, 11.11.2021 Bewerbungstext & Bild
an robert.wuensche@dielinke-sachsen.de schicken:

3.000 Zeichen inkl. Leerzeichen
+
Foto in ausreichender Auflösung
+
Freigabe, falls auf Homepage gestellt werden soll

LaVo – Landesvorsitzende (weibl.)

Susanne Schaper

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor zwei Jahren, als Stefan Hartmann und ich das erste Mal gewählt wurden, steckte uns die Niederlage bei der Landtagswahl 2019 noch frisch in den Knochen. Wir beide sind damals angetreten um durch eine Neuausrichtung diesem Abwärtstrend entgegenzuwirken. Zwei Jahre später haben wir erneut eine herbe Niederlage bei der Bundestagswahl einstecken müssen. Ist die von uns angestrebte Erneuerung gescheitert? Niemand ist fehlerfrei und sicher hätte einiges besser laufen können. Die grundlegende Richtung halten wir aber – bei aller Selbstkritik – immer noch für richtig, weshalb wir nochmals gemeinsam antreten.

Bundestagswahlen sind naturgemäß vom politischen Trend auf Bundesebene bestimmt, auf den wir kaum Einfluss haben. Dieser war gegen uns, nicht zuletzt aufgrund des uneinheitlichen, zerstrittenen Bildes, das die Bundespartei nach Außen abgegeben hat. Stefan und ich haben hier in Sachsen versucht, zu zeigen, dass das besser geht. Dies ist uns gelungen, weil wir das Gemeinsame betonen, nicht das Trennende. Es ist eine Unart der politischen Linken, andere Linke aufgrund unterschiedlicher Ansichten in Detailfragen zu verdammen. Damit müssen wir endlich brechen, wollen wir politisch überleben!

Stefan und ich stehen dafür, Gräben zu überwinden. Wir wollen das Einende in den Vordergrund stellen: den Kampf für eine soziale und ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Für diese Vision – und nicht als Protagonist:innen künftiger innerparteilicher „Flügelkämpfe“ – sind auch zahlreiche Menschen nach der Bundestagswahl in unsere Partei eingetreten.

Wir sind vor zwei Jahren auch mit dem Ziel angetreten, unseren Landesverband strukturell zu reformieren. Erste zarte Ansätze, wie mehr Transparenz oder mehr Beteiligung der Basis an der Arbeit des Landesverbandes, sind gediehen, wenn auch aufgrund der Pandemie nicht so, wie wir es uns erhofft hatten. Wir stehen weiter vor schwerwiegenden Aufgaben, die dringend im Geiste des Gemeinsinns und der Solidarität angegangen werden müssen.

Neumitglieder müssen besser in unsere politische Arbeit eingebunden werden, um sie in der Partei zu halten. Engagement in der LINKEN muss Freude bereiten und Erfolgserlebnisse bieten. Die andere große Aufgabe ist es, unsere Präsenz in der Fläche wieder aufzubauen. Wir wollen die bald anstehenden Bürgermeister- und Landratswahlen dazu nutzen. Durch Kooperation mit lokal verankerten Akeur:innen, die uns nahe stehen, wollen wir bei so vielen kommunalen Wahlen wie möglich selbst oder im Bündnis mit anderen antreten. Die kleinteilige, manchmal mühselige kommunalpolitische Arbeit war die Basis des Überlebens der PDS in den 90er Jahren und sie muss Basis unseres Wiedererstarkens heute sein! Für diesen Ansatz stehe ich mit meinem Engagement, als Chemnitzer Stadträtin seit 2009, als Stadtratsfraktionsvorsitzende seit 2012, als Oberbürgermeisterkandidatin im Jahr 2020.

Vielfach heißt es, dass wir unsere Kernthemen, wie Soziales oder den Einsatz für Beschäftigtenrechte vernachlässigt hätten. Ich würde dies nicht zu 100% unterschreiben, stimme aber zu, dass wir unser Engagement in diesem Bereich wieder stärker betonen müssen. Dafür stehe ich als Landtagsabgeordnete seit 2014 und als Vorsitzende des Sozialausschusses im Landtag seit 2019.

Ich bin Susanne Schaper, 43 Jahre alt, verheiratet, Mutter dreier Kinder. Gemeinsam mit euch wollen Stefan und ich aus den Fehlern der vergangen Jahre lernen und uns aufmachen, unsere Landespartei wieder zu einer Größe zu machen, mit der zu rechnen ist. Der Weg wird nicht leicht, aber ich freue mich darauf, ihn gemeinsam mit euch zu gehen.

LaVo – Landesvorsitzende/r (gem.)

Stefan Hartmann

Liebe Genossinnen und Genossen

vergleichbar mit den frühen 90er Jahren und der Zeit nach 2002 steht unsere gesamte Partei vor existenziellen Fragen. Unsere gesellschaftliche Verankerung und damit unsere Fähigkeit, wirkliche Veränderungen zu erreichen sind nicht zufrieden stellend, zahlreiche Wahlergebnisse in Bund und Ländern in den vergangenen Jahren sind Beleg dessen. Gemeinsam mit Susanne Schaper haben wir 2019 der sächsischen LINKEN durch unsere gemeinsame Kandidatur den Vorschlag unterbreitet, unsere Energie auf die Gemeinsamkeiten im Kampf für eine bessere Welt, für eine gerechtere Gesellschaft zu verwenden. In den vergangenen zwei Jahren haben wir es gemeinsam mit den Mitgliedern des Landesvorstands geschafft, dass wir unter den uns allen bekannten komplizierten Bedingungen konstruktiv und solidarisch gearbeitet haben. Die Pandemie hat uns vor ungeahnte Herausforderungen gestellt. Diese haben wir gründlich und kontrovers diskutiert und konnten über den gesamten Zeitraum eine gemeinsame politische Linie durchhalten, die sich sehr klar daran orientiert hat, dass soziale Sicherheit und Demokratie Kernanliegen unserer Partei sind. Unser Vorschlag, die in den letzten zwei Jahren anstehenden OBM-Wahlen stark zu unterstützen, hat - natürlich auf Grundlage des großen Engagements der Genossinnen und Genossen vor Ort - zu einigen guten Ergebnissen geführt. Wie immer sind dabei nicht alle Blütenträume gereift, aber es ist erkennbar geworden, dass DIE LINKE in Sachsen mit konkreten, nachvollziehbaren und auf Verwirklichung setzenden Angeboten deutlich mehr Menschen erreichen kann, als zuletzt bei landesweiten Wahlen. Darüber hinaus kann klar festgestellt werden: Wo sich die Genossinnen und Genossen hinter gemeinsamen Zielen vereinen und dies auch ausstrahlen, da hat DIE LINKE Kraft.

Gemeinsam mit meiner Co-Vorsitzenden Susanne Schaper haben wir uns nach den Ergebnissen der Bundestagswahl gründlich und selbstkritisch die Frage gestellt, ob es gut und sinnvoll für unseren Landesverband ist, unser politisches Angebot der konstruktiven Zusammenarbeit aller Genossinnen und Genossen erneut dem Landesparteitag vorzulegen. Denn es ist für uns beide nicht selbstverständlich, nach einem auch in Sachsen sehr schlechten Wahlergebnis einfach mit dem Finger auf die Bundespartei zu zeigen und weiter zu machen. Wir wissen, dass vor uns zwei Jahre sehr harter Arbeit liegen. Die von uns im Leitantrag vorgeschlagene Orientierung auf den Erhalt und die Stärkung unserer kommunalpolitische Verankerung, auf eine Reform der Parteiarbeit und die Klärung aktueller programmatischer Fragen ist mit Sicherheit nicht der „Stein der Weisen“ - sondern viel eher der „Stein des Sisyphus“. Und es ist keine Aufgabe für einige Wenige, sondern all dies kann nur gelingen, wenn wir auf allen Ebenen versuchen, gemeinsam daran zu arbeiten. Wir sind überzeugt, dass uns die gemeinsame Arbeit stärken wird und wir unsere politische Vielfalt in dieser nutzen können.

LaVo – stellv. Landesvorsitzende (w.)

Info

Bisher liegen noch keine Kandidaturen für den stellvertretenden Landesvorsitz (weibliche Liste) vor.

LaVo – stellv. Landesvorsitzende/r (g.)

Tim Detzner

Wir haben in den letzten Jahren nicht nur bei Wahlen massiv verloren. Auch unsere gesellschaftliche Verankerung in der Fläche, unsere Handlungs- und Kampagnenfähigkeit, unsere Fähigkeit Mitglieder zu gewinnen, einzubinden, zu entwickeln und zu halten sowie unsere Fähigkeit auf neue gesellschaftliche Krisen gemeinsame, schnelle und adäquate politische Antworten zu finden, ist deutlich zurückgegangen. Und genau diese Faktoren sind ein Teil der vielfältigen Ursachen unseres massiven Stimmen- und Bedeutungsverlustes.

Wir müssen gemeinsam und solidarisch diesen stetigen Abwärtstrend stoppen und uns als Partei als Ganzes neu erfinden, um bleiben zu können was wir sind. Aber dafür müssen wir in einem umfassenden Parteireformprozess auf inhaltlicher, struktureller, kommunikativer und kultureller Ebene unsere Hausaufgaben machen!

Wir müssen, wie der Leitantrag sehr diplomatisch aber richtig sagt, „alte Muster innerparteilicher Kommunikation überwinden“. Dazu sollten wir gemeinsam hinterfragen, wie wir denn miteinander umgehen und arbeiten, Diskurse führen, Entscheidungen treffen und diese umsetzen wollen. Nur wenn es uns gelingt die lang eingeübte Folklore innerparteilicher Machtspiele und Konflikte zu überwinden, werden wir als politische Organisation wieder attraktiver sowie diskurs- und reaktionsfähiger. Die Schritte der letzten Jahre hin zu mehr Transparenz sowie zu offenen Diskussions- und Veranstaltungsformaten sollten wir deshalb unbedingt fortsetzen, uns in diesen Prozessen selbst noch ernster nehmen und die innerparteiliche Demokratie weiter stärken.

Um mehr politische Handlungsfähigkeit vor Ort zu erreichen, müssen wir die leider in Teilen gescheiterte Strukturdebatte der letzten Jahre schnellstmöglich fortsetzen und abschließen.

Trotz dem konkretesten und klarsten Bundestagswahlprogramm aller Parteien, ist es uns nicht ausreichend gelungen, den Menschen zu vermitteln was wir für sie erreichen wollen. Wir brauchen eine umfassende programmatische Selbstverständigung sowie einen Prozess in dem wir klären und ausprobieren welche Kerninhalte wir nach außen vermitteln und wie wir damit unsere Zielgruppen erreichen können. Wir sollten dafür zusammen unseren Ansatz für eine sozial-ökologisch und demokratischen Aufbruch weiter ausbauen.

Ich möchte mich als Teil eines großen bunten Teams ‚Landesvorstand‘ mit all meinem Elan und meiner Kraft, mit Herz und Verstand sowie meiner politischen Erfahrung in diese Prozesse einbringen.

- seit 2004 Mitarbeiter bei LINKEN Landtagsabgeordneten
- 2013-2017 stellv. Stadtvorsitzender DIE LINKE. Chemnitz
- seit 2017 Stadtvorsitzender DIE LINKE. Chemnitz
- Mitgliedschaften: Parents For Future Chemnitz, Bündnis Chemnitz Nazifrei, RLS Sachsen, KFS, ADFC, NABU, DGHT (Dt. Gesellschaft f. Herpetologie u. Terrarienkunde), GFF (Gesellschaft f. Freiheitsrechte), BVSS (Bundesvereinigung Stottern u. Selbsthilfe), DGM (Dt. Gesellschaft f. Muskelkranke)

LaVo – stellv. Landesvorsitzende/r (g.)

Silvio Lang

- 37 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
- Mitarbeiter MdB Caren Lay
- Kreisvorsitzender DIE LINKE. Bautzen
- 1. Sprecher VVN-BdA im Freistaat Sachsen e.V.

Liebe Genoss*innen,

in einem gemeinsamen Papier nach der Bundestagswahl haben Max Becker und ich folgendes formuliert: „Die Krise der Partei DIE LINKE ist nicht nur eine Krise der Bundespartei, sondern aller ihrer Gliederungen." und „Wenn bei der Landtagswahl 2024 ein zweistelliges Ergebnis erzielt werden soll, müssen dringend Veränderungen in der Landespartei angegangen werden." Ich stehe zu diesen Aussagen und will euch deshalb anbieten, in den kommenden beiden Jahren meinen Beitrag zu leisten, diese Veränderungen zu erreichen.

Bislang fehlt mir in allen Auswertungen und Schlussfolgerungen nach der Bundestagswahl unserer Partei noch das klare Signal, dass wir verstanden haben. Stattdessen setzen wir altbekannte Debatten fort, vor allem Debatten um einzelne Personen. Ich halte das für einen fatalen Weg.

Mein Anspruch an den nächsten Landesvorstand wird ein anderer sein. Ich will, dass er nach Innen leidenschaftlich über die richtigen Schlussfolgerungen und die notwendigen Änderungen debattiert, aber nach Außen Klarheit herstellt. Für was stehen wir und mit welchen Gesichtern stehen wir dafür?

Was ich mir als Schritte in diese Richtung vorstellen kann, habe ich zusammen mit Max Becker aufgeschrieben. Ich fände gut, wenn es als Anregung in die Debatte einfließt.

In Vorbereitung auf die kommenden Landrats- und Oberbürgermeister*innenwahlen 2022 und vor allem die Kommunalwahlen 2024 möchte ich meine gesammelten Erfahrungen aus den gelungenen Kampagnen vor Ort, insbesondere in Hoyerswerda, mit einbringen. Dort, wo wir mit klarem Profil und überzeugenden Personen zu Wahlen antreten – davon bin ich überzeugt – haben wir die Möglichkeit, uns wieder Wahlerfolge zu erarbeiten. Wenn das im Verbund mit politischen Partner*innen passiert, dann sollten wir vorbereitet in diese Bündnisse gehen.

Ich bin bereit, meine Kraft und Zeit für diese Anliegen zu investieren und bitte dafür um eure Stimme.

LaVo – Landesgeschäftsführer/in

Janina Pfau

JA, liebe Genoss*innen, ich kandidiere noch einmal als Landesgeschäftsführerin!

Die letzten zwei Jahre waren für uns eine der größten Herausforderungen in unserer parteipolitischen Arbeit. Niemand konnte damit rechnen, dass eine Pandemie unsere Parteiarbeit komplett auf den Kopf stellen wird. Eine Mitgliederkampagne oder thematische Kampagnen durchzuführen, war nicht möglich. Trotz körperlicher Distanz haben wir schnell neue und zuverlässige digitale Kommunikations-Infrastruktur aufgebaut und viele von euch waren bereit, dies auszuprobieren. Als Landesverband haben wir einen der ersten hybriden Landesparteitage gestemmt. Auch die Stadt- und Kreisverbände haben weiter gearbeitet und dafür möchte ich meinen tiefsten Dank aussprechen!

Und dennoch müssen wir feststellen: Seit vielen Jahren verliert die LINKE (insbesondere auch in Sachsen) kontinuierlich Wähler*innen, Mitglieder und Aktive. Dafür gibt es gesellschaftliche, politische und parteipolitische Ursachen. Diese gilt es sachlich, frei von alten Bewertungsmustern zu analysieren und Lösungsansätze zu finden. Wir haben die Aufgabe, Interessenvertretung zu sein, wie auch politische Meinungsbildung zu unterstützen. Der aktuelle politische Zustand unserer Partei erfordert, sich kritisch damit auseinanderzusetzen, ob wir dieser Aufgabe noch gerecht werden und gemeinsam zu entscheiden, welche Gedanken, Entscheidungen und Instrumente geeignet sind, das Ruder herrumzureißen, um wieder politische Erfolge zu erreichen.

Als langjährige Kommunalpolitikerin ist mir eine kommunale Verankerung nicht nur unheimlich wichtig, sondern ich glaube, dass eine gute Arbeit unserer Genoss*innen vor Ort auch Menschen überzeugen kann, uns bei Landtags- und Bundestagswahlen zu wählen. Die anstehenden Wahlen der Landrät*innen und Bürgermeister*innen im kommenden Jahr, sind daher sowohl eine Frage der Wahlkampf-Sicherstellung, als auch des politisch-strategischen Agierens.

Wir kommen aber auch nicht umhin, unsere strukturellen Probleme zu behandeln. Die Parteistruktur hat sich seit der Gründung nicht geändert, die politischen Gegebenheiten und die Struktur der Mitglieder jedoch schon. Hier müssen wir gemeinsam einen Weg finden, um wieder mehr Genoss*innen zu aktivieren, aber auch die Aufgabenlast der einzelnen ehrenamtlich Aktiven zu verringern. Da ich über die Jahre in fast allen ehrenamtlichen Bereichen Erfahrungen sammeln konnte - vom Ortsverband über den Kreisverband, aber auch im Landesrat - weiß ich, dass es dafür Zeit braucht und viel Sensibilität, damit sich die Beteiligten nicht bevormundet fühlen.

Das Wichtigste ist jedoch folgende grundlegende Erkenntnis, die mich nachdenklich gemacht hat: Die Aufgabe der Landesgeschäftsführung bedeutet nicht nur Sonnenschein. Um der Verantwortung für unsere Partei gerecht zu werden, benötigt es ein Gespür für das Machbare, den innerparteilichen Frieden über die eigenen Grüppchen hinaus, aber auch die offene, manchmal laute Beschreibung von Herausforderungen. Im Sinne dieser Verantwortung für unsere Partei stelle ich meine Ideen und Erfahrungen zur Verfügung und bitte um euer Vertrauen für weitere zwei Jahre als eure Landesgeschäftsführerin.

zur Person:

- Magister Politikwissenschaften
- Kreisvorsitzende
- Kreisrätin, Gemeinderätin
- Friedensrichterin
- Mitglied bei ver.di
- Mitglied und Verwaltungsrätin bei der Verbraucherzentrale Sachsen

LaVo – Landesschatzmeister/in

Andrea Kubank

Liebe Genoss*innen!

Zwei Jahre als Landesschatzmeisterin sind zwei Jahre intensiver Arbeit mit den Kreisschatzmeistern, im Landesvorstand und im Finanzbeirat, um eine transparente, ordnungsgemäße, pünktliche Finanzbuchhaltung als wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Partei. Dabei war die Arbeit geprägt durch die Corona Pandemie, es musst umgedacht werden, wie Strukturen aufrecht erhalten werden können, wie die Arbeit weiter gestaltet werden kann. Es ist es gelungen, die Digitalisierung weiter Voran zu bringen, Videokonferenzen sind wichtiger Bestandteil der Parteiarbeit geworden, es können Fahrtkosten, Raumkosten und Zeit gespart werden, Beteiligung für alle ist möglich. Digitalisierung in der Buchhaltung bringt viele Vorteile, aber da gibt es noch einige Hürden zu überwinden, um diese Möglichkeiten noch effizienter zu gestalten, besonders auch in Bezug auf die Zusammenarbeit im Bund. Dies ist eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre.

Weiterhin muss die Strukturdebatte fortgesetzt werden, wie kann es uns bei personell und finanziell stark schwindenden Ressourcen gelingen, eine Arbeitsfähigkeit duchzufinanzieren, die einer innerparteilichen und solidarischen Gesamtabwägung folgt und bei der alle Kreis- und Stadtverbände mitgenommen werden.

Es geht um Transparenz und Verständlichkeit der Finanzen, um eine mittelfristige Planung für die nächsten fünf Jahre zu erarbeiten, der es gelingt, die entstandenen finanziellen Einbußen durch die schlechten Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen auszugleichen. Ich möchte die gute Zusammenarbeit mit den Kreisschatzmeistern fortsetzen und ausbauen, gemeinsam mit dem Finanzbeirat finanzielle, strukturelle und strategische Entscheidungen treffen. Es muss uns gelingen solidarische Beschlüsse zur Unterstützung und Aufrechterhaltung der Strukturen im ländlichen Raum zu fällen. Über Beitragsehrlichkeit und die Änderung Beitragstabelle muss geredet werden. Die finanzielle Unterstützung des Jugendverbandes wird, bei allen Einsparungen, immer einen wichtigen Stellenwert haben, denn nur so kann uns Mitglieder Gewinnung und Neugestaltung wirklich gelingen.

Gemeinsam wollen wir die Partei erneuern, attraktiv für neue Mitglieder gestalten, ein Parteileben organisieren, das Menschen in verschiedenen Lebenslagen mitdenkt und Beteiligung ermöglicht, dazu muss es einen finanziellen Rahmen geben. Wie kann man Einnahmen generieren, Spendenkampagnen durchführen, Ausgaben minimieren.

Zwei Sachen, die mir noch sehr am Herzen liegen sind die Häuser in Chemnitz und Meißen, hier müssen die Gespräche unbedingt lösungsorientiert fortgesetzt werden und die Unterstützung der Kommunalwahlen im nächsten Jahr.

Also es gibt viel zu tun und ich möchte mich diesen Aufgaben mit ganzer Kraft stellen.

zur Person

- 53 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, wohnhaft in Bautzen
- Diplomagraringenieurin
- Mitglied bei „Bautzen bleibt bunt“, „Willkommen in Bautzen“ e. V. und anderen Initiativen
- Kreisvorstand Landkreis Bautzen
- Fraktionsvorsitzende im Stadtrat und Kreisrätin in Bautzen

Landesvorstand (weibl.)

Anja Eichhorn

- seit 2012 Mitarbeiter:in Dr. Cornelia Ernst MdEP
- Vorstand des Gerede - homo, bi und trans* e.V. Dresden
- Kuratorium Kunstpreis RLS
- LAG Lisa, LAG Queer, LAG Migration
- 2015 - 2021 Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik

Über mich:

Die Vernetzung in Vereinen, der Stadtgesellschaft und das Engagement für selbstbestimmte Lebensräume sind mir ein Anliegen. So engagiere ich mich seit Jahren an der Bürgerbühne des Staatsschauspiels Dresden. Zur Förderung kritischer Kunstproduktion bin ich seit 2017 im Kuratorium des Kunstpreises der Rosa Luxemburg Stiftung. Darüber hinaus streite ich seit 2018 für Vielfalt und Akzeptanz als Vorstandsmitglied des Dresdner Gerede – Homo, Bi und Trans* e.V.

Als Mitarbeiterin von Conny Ernst kämpfe ich seit 2012 für ein sozial gerechtes Europa und proeuropäische Politik. Der Kampf für Freiheits- und Grundrechte, eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik gehören zu meinen Arbeitsschwerpunkten. Seit 2015 bin ich Mitglied im Landesvorstand und war bis dato Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik.

Warum ich kandidiere:

Der Anstieg rechter Bewegungen und kapitalistische Landnahme verschärfen soziale Schieflagen und nicht zuletzt die Covid Pandemie hat deutlich gemacht, wie ungleich Ressourcen und Rechte in unserer Gesellschaft verteilt sind.

Die Herausforderungen sind größer denn je. Doch aller Schwierigkeiten und herber Verluste zum Trotz, ist eine Linke Antwort auf die Krise notwendig. Diese zu finden und mit einem klaren Profil in die Wahlkämpfe zu gehen, wird eine wesentliche Aufgabe des neuen Vorstandes sein.

Welchen Gebrauchswert haben wir? Wie meistern wir strukturelle Veränderungen und was ist unsere Lösung für die gesellschaftspolitischen Verwerfungen in Sachsen? Auf diese Fragen müssen wir Antworten finden. Das gelingt nur, wenn wir uns trauen neue Wege zu beschreiten und mutige Entscheidungen zu treffen. Wir müssen einem solidarischen Umgang mit unterschiedlichsten Erfahrungen kultivieren, von dem wir am Ende alle profitieren. Dazu gehört ein Umdenken, gerade mit Blick auf die Organisation unserer politischen Arbeit. Gleiches gilt für die Erkenntnis, dass Stadt und Land nicht gegeneinanderstehen, sondern als wichtige Orte linker Politik und in all ihrer Unterschiedlichkeit, gleichermaßen wichtig sind.

Viele der bereits angestoßenen Prozesse durfte ich mitbegleiten. Sei dies im Landeswahlplenum, bei Strategiekonferenzen oder der Organisation unseres Mitgliederlebens. Letzteres ist der Kern unserer Partei. Neue Menschen für uns zu begeistern, genauso wie die Weiterarbeit an Parteiprogrammatik und Strukturprozessen, liegen mir besonders am Herzen.

Nach 6 Jahren als Sprecher:in möchte ich den Staffelstab weitergeben. Veränderungen sind eine Chance und ich freue mich auf neue Aufgaben. Natürlich werde ich weiterhin für feministische Perspektiven im Landesverband kämpfen. Konzepte zur Stärkung von FLINTA* wichtig und zwingend notwendig. Es gibt viel zu tun: Packen wir´s an.

Landesvorstand (weibl.)

Carla Büttner

- 23 Jahre alt, gebürtige Leipzigerin
- Seit 2016 Studium der Sozialwissenschaften an der Uni Erfurt
- Seit 2020 Bundessprecherin der Linksjugend [‘solid]
- Mitgliedschaften: ver.di, Rote Hilfe

Liebe Genoss:innen,

Mit 16 bin ich politisch aktiv geworden, weil ich Rechten nicht einfach so die Straße überlassen wollte. Mit 18 bin ich in die Linksjugend [‘solid] eingetreten, kurz danach in die Partei DIE LINKE., weil das die Leute waren, die bei Anti-Nazi-Demos immer am Start waren, egal ob gegen 5 oder 5000 Nazis.

Mein Herzensthema in den letzten Jahren war die Hochschulpolitik. Vom Studierendenrat an der Uni, über Landes- und Bundesebene, habe ich mich für mehr Mit- und Selbstbestimmung der Studierenden, gute Lehre und die Demokratisierung der Hochschulen eingesetzt.

Oft wird diskutiert, ob wir eine Partei für Studierende oder Arbeiter:innen sind. Dabei haben diese mehr gemeinsam, als sie trennt. Nach dem Studium landet man in der Lohnarbeit, viele werden aber auch schon während des Studiums in prekären Beschäftigungen ausgebeutet. Haben die Eltern kein Geld, wird man dazu genötigt, sich beim Staat zu verschulden. Anstatt beide Gruppen gegeneinander auszuspielen, müssen ihre Kämpfe verbinden! Wir als Partei müssen an der Seite derer stehen, die tagtäglich ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Auch die Pandemie ist keine Generationenfrage, sondern eine Klassenfrage. Gruppen, die nicht die Kohle für krassen Lobbyismus haben, also Arbeiter:innen, Studierende, Schüler:innen etc., werden von den anderen Parteien vernachlässigt.

Diese Wahl hat gezeigt: Es reicht nicht, wenn wir nur aller paar Jahre Wahlkampf machen. Wir müssen verankert sein, in Organisationen, Vereinen, Bündnissen, Stadtvierteln und Dorfgemeinden. Wir müssen die Initiative ergreifen und solidarisch sein mit all denen, die unter dem kapitalistischen System leiden. Gleichzeitig müssen wir eine Partei sein, bei der es sich lohnt, Mitglied zu werden und mitmachen zu wollen. Das Motto des Jugendwahlkampfs war „Nichts zu verlieren. Eine Welt zu gewinnen.“, je ausweglos er die Lage scheint, desto vehementer muss man für eine bessere Welt kämpfen. Denn die Frage lautet: Kapitalismus oder Leben. Und es muss klar sein, dass wir für eine Zukunft ohne den Kapitalismus und für eine grundlegende Änderung der Gesellschaft kämpfen. Nur dann gibt es Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit.

Die Strukturen in unserer Partei sind aber oft sehr festgefahren. Gerade jetzt, mit den vielen Neueintritten nach der Wahl, müssen wir die Basismitglieder einbinden, in Partei und Jugendverband. Wir müssen (besonders der jungen Generation) zeigen, warum sie uns wählen sollten. Und zwar nicht nur, weil wir das geringste Übel sind. Sondern, weil wir die einzige Partei sind, die dieses ausbeuterische, klimaschädliche und diskriminierende System überwinden will.

Es reicht eben nicht nur die richtigen Inhalte zu haben, wir müssen damit auch die Richtigen erreichen. Diesen Prozess hin zu einer kommunikativeren Partei möchte ich gerne begleiten.

Landesvorstand (gem.)

Michael Berger

- geboren 8.6.1989

Liebe Genoss:Innen

seit zehn Jahren bin ich Mitglied in unserer wunderbaren und oft anstrengenden Partei. In dieser Zeit durfte und darf ich seit sechs Jahren dem Kreisvorstand des KV Zwickau angehören – vier davon als jugendpolitischer Sprecher. Zur vergangenen Bundestagswahl koordinierte ich ehrenamtlich neben meiner Vollzeit-Beschäftigung den Wahlkampf im WK 165 und teilweise 163.

Nun also Landesvorstand – warum ?

Viele vermeintliche Wahrheiten und Mutmaßungen wurden nach dem schlechten Abschneiden zur Bundestagswahl kund getan. Zu einem klaren Ergebnis sind wir jedoch noch nicht gekommen – das wäre wohl auch zu viel verlangt. Ich selbst finde nur wenige Ansätze für den geringen Zuspruch in der Bevölkerung. Fakt ist jedoch, dass alle Wahlkämpfenden ihr bestes gegeben haben und wir mit unserem wohl besten sozialpolitischen Programm angetreten sind, das zudem die dringendste Frage unserer Zeit – den Erhalt unserer Lebensgrundlage – mit einschließt. In diesem Prozess kamen auch in mir Fragen und Zweifel auf. Doch aufgeben war noch nie eine Option für mich. So wurde in mir nach und nach der Wille geweckt, zu helfen unsere Partei in Sachsen wieder nach vorne zu bringen. Gespräche mit Parteimitgliedern aus meinem Kreisverband sowie anderen Kreisverbänden und dem Jugendverband, haben mich in der Idee bestärkt. Nicht zuletzt, um die Verbindung zwischen Dresden und Südwestsachsen zu halten und nicht gänzlich abgehangen zu sein. Schließlich gibt es in der Region keine MdL‘s und MdB‘s mehr.

Was Ihr erwarten könnt…

… ist kein vertieftes, fachpolitisches Wissen und mit Sicherheit werde ich in den Sitzungen keine Dinge wiederholen, nur um etwas gesagt zu haben. Dafür bekommt ihr aber einen Mensch, der lokal in verschiedenen ehrenamtlichen Projekten verankert ist. Seit etlichen Jahren engagiere ich mich im alternativen Jugendclub Café Taktlos in Glauchau, habe Kundgebungen gegen Nazis organisiert bzw. angemeldet, netzwerke und habe engen Draht zu Vereinen in Glauchau und Umgebung. Das alles passiert neben einer Vollzeit-Beschäftigung-viele Jahre kam auch noch die häusliche Pflege eines nahen Familienangehörigen hinzu.

Seit dem Realschulabschluss 2006 bin ich fast durchgehend berufstätig und derzeit in meinem erlernten Beruf als Fachkraft für Lagerlogistik tätig. Nach Ausbildung und Zivildienst war ich bei der Volkssolidarität beschäftigt und die letzte Zeit Betriebsratsvorsitzender. All das sind Erfahrungen, die meiner Meinung nach oft im Landesvorstand zu kurz kommen und dazu beitragen können, unsere Zielgruppen - besonders jenseits der Großstädte – wieder besser erreichen und ansprechen zu können. Auch möchte ich regelmäßig in der Region Südwestsachsen, dem KV Zwickau sowie den einzelnen Ortsverbänden von den Sitzungen im LaVo berichten.

Nicht für mich oder berufliche Perspektiven, sondern für das wohl der Partei bitte ich um eure Stimme bei der Wahl zum Landesvorstand. Packen WIR es an – euer Michael Berger

Landesvorstand (gem.)

Uwe Fiedler

‚In jeder Aktienschwindelei weiß jeder, daß das Unwetter einmal einschlagen muß, aber jeder hofft, daß es das Haupt seines Nächsten trifft, nachdem er selbst den Goldregen aufgefangen und in Sicherheit gebracht hat. Après moi le déluge! ist der Wahlruf jedes Kapitalisten und jeder Kapitalistennation. Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird. Der Klage über physische und geistige Verkümmrung, vorzeitigen Tod, Tortur der Überarbeit, antwortet es: Sollte diese Qual uns quälen, da sie unsre Lust (den Profit) vermehrt?‘ Das Kapital, Band 1, MEW 23, S. 285

Den Laden halten nicht die Reichen am Laufen – die gesellschaftlich notwendige Arbeit wird insbesondere von mehrfachbelasteten, unterbezahlten und ausgebeuteten Menschen geleistet, die die Belastungen durch Corona mit am deutlichsten zu Spüren bekommen. Die bürgerliche neoliberale Politik der Bundesrepublik und ihrer Länder reagiert stets zu spät, fährt auf Sicht, trifft halbgare Entscheidungen oder gar keine. Zu leiden haben darunter nicht die Industriebosse und Immobilienkonzerne, sondern Mieter*innen, die ihren Corona-Bonus ggf. direkt in die Betriebskostenabrechnung stecken mussten. Hier muss die Linke laut und deutlich an der Seite und inmitten der Bedrängten und Ausgebeuteten stehen und sozialistische Alternativen zur herrschenden Politik nicht nur formulieren, sondern sie gemeinsam mit sozialen Bewegungen auch erkämpfen.

Es kommt sogar noch schlimmer: vor reaktionären Kräften unter dem Label „Querdenker“, einem furchtbaren Gebräu aus Verschwörungsideologie, Esoterik und organisierter Nazi-Szene, weicht die Staatsgewalt teils ohnmächtig, teils bewusst zurück und ermöglicht so einen Aufschwung für menschenverachtenden Sozialdarwinismus, Antisemitismus und Rassismus. Das antifaschistische Engagement gegen diese und andere Gruppierungen (u.a. AfD, Freie Sachsen, Nordkreuz, IB, Wehrsportgruppen bei Bundeswehrreservisten und manch SEK der Polizei) muss ein prominent nach vorn gestelltes Merkmal unserer Politik bleiben.

Ich bin seit 2017 Mitglied der LINKEN, seit 2019 Co-Vorsitzender des Stadtbezirksverbandes Leipzig-Ost, Mitgründer der Leipziger AG Haustürwahlkampf, aktiv bei der AG Soziales und beim Leipziger Syndikat einer kämpferischen Basisgewerkschaft, sowie zahlendes Mitglied im Betriebskostenhilfeverein Leipzig und der Poliklinik – Solidarisches Gesundheitszentrum Leipzig.

Früher als Karteileiche in der SPD, dort aber resigniert ausgetreten, weil die Vorstände in Bund und Land dem Engagement von Basisstrukturen ablehnend gegenüberstanden: einen gleichberechtigten Arbeitskreis von säkulären und laizistischen Humanist*innen gibt es trotz jahrelanger Bemühungen immer noch nicht. Da lob ich mir die Pluralität und Basisorientierung der Linken!

Gelernt aus meinen Erfahrungen in Parteien, aber auch im Studium der Europäischen Geschichte an der TU Chemnitz, dem Versuch eines Jurastudiums in Leipzig und den Stationen der Lohnarbeit als Bürohilfe, Medientechniker und Callcenter-Telefonist: Eine SPD-light wäre überflüssig, es braucht eine eigenständige und vor allem antikapitalistische Kraft, links von rot-grün. Linksradikale Radikal linke Antworten auf die soziale Frage können durch aktive Basisarbeit populär werden, das Abstimmungsergebnis der Volksabstimmung „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ in Berlin zeigt das eindrucksvoll.

Nun müssen wir als sächsischer Landesverband mit den Gegebenheiten umgehen, die wir vorfinden – aber auch hier ist Bewegung im Spiel. Die AfD hat immerhin leicht verloren, die CDU, trotz zahlloser Skandale lange Staatspartei, ist beim Zweitstimmenanteil zur Bundestagswahl nur auf Platz 3 im Freistaat gelandet. Wenn wir uns anstrengen, fleißig und ehrlich sind, können wir solche Art Bewegung auch für unsere Wahlergebnisse im guten Sinne nutzen. Veränderung beginnt mit Opposition: sowohl die Bundes-Ampel als auch Sachsenkenia benötigen dringend einen sozialen, fortschrittlichen Gegenentwurf, ich will gerne als Mitglied des Landesvorstandes dabei helfen.

Michael Neuhaus

zur Person:

- 1993 in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) geboren
- Master in Biologie (2018)
- Seit 2019 Bundessprecher linksjugend['solid]
- Seit 2019 Stadtrat und Sprecher für Umwelt

Mitgliedschaften:

- Rote Hilfe
- Ökolöwe Leipzig
- Ver.di

Liebe Genoss:innen,

Die Stärke der Partei DIE LINKE war lange die Schwäche der anderen Mitte-Links-Parteien. Ging es SPD und Grünen dreckig, ging es uns gut. Die Kehrseite davon wurde sowohl bei der Bundestagswahl 2021 als auch bei der Landtagswahl 2019 sichtbar. Sie heißt strategisches Wählen.

Auch wenn natürlich auf das Versagen der Sozialdemokrat:innen Verlass ist, kann unsere Strategie nicht darin bestehen, darauf zu hoffen, dass die Anderen es vermasseln.

Wir brauchen eine eigenständige Identität. DIE LINKE ist die einzige relevante sozialistische Partei in der deutschen Parteienlandschaft. Füllen wir diese Utopie vom Sozialismus mit Ideen und Leben!

Wahlen sind nicht alles – aber ohne gute Wahlergebnisse ist alles ganz schnell nichts.

Es ist nicht egal wer regiert. Nur eine starke LINKE in den Parlamenten kann die Errungenschaften vergangener Klassenkämpfe gegen rechte Parteien und Regierungen verteidigen, Repressionen gegen Linke verhindern und Mittel für Akteur:innen bereitstellen, die heute schon an der besseren Welt von morgen bauen.

Unser Ziel als Sozialist:innen ist es aber nicht nur parlamentarische Mehrheiten zu erringen, um den schlechten Status Quo zu verteidigen oder Reförmchen anzustoßen (auch wenn all das sicherlich sinnvoll sein kann), sondern einen Systemwechsel einzuläuten. „Wer aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts nicht gelernt hat, dass die Bourgeoise unabwählbar ist, hätte sein Lehrgeld besser versoffen.“, kommentierte Hermann L. Gremliza den Versuch, den Kapitalismus abzuwählen.

Fragend schreiten wir voran. Aber schreiten wir alleine?

Eine emanzipatorische Linke will deshalb nicht nur Wahlen gewinnen, sondern vor allem die Herzen der Menschen. Sie sollen sich nicht nur darauf verlassen, dass die Partei es schon richten wird, wenn man sie wählt, sondern selbst aktiv werden. Ein Ort dafür muss DIE LINKE sein.

Aktuell hat DIE LINKE ca. 60 000 Mitglieder. Das sind weniger, als zu einem ausverkauften Spiel von Bayern München kommen. Insofern unser Sozialismus also nicht im Münchner Olympia-Stadion stattfinden soll, muss da einiges passieren. Gerade Parteistrukturen im ländlichen Raum sind oft kaum noch arbeitsfähig. Aber auch in der viel gepriesenen Stadt ist die Situation weitaus weniger rosig als dargestellt. In der „roten Hochburg“ Leipzig gibt es beispielsweise bei 600 000 Einwohner:innen 1700 Genoss:innen. Damit ist der Stadtverband sicherlich besser aufgestellt als DIE LINKE in meiner Heimatstadt Halberstadt, aber trotzdem alles andere als eine Massenorganisation.

Her zu uns!

DIE LINKE ist mehr als nur ein Wahlverein. Sie ist der Verein, der Menschen, egal ob sie ihren Kampf gewerkschaftlich, parlamentarisch oder außerparlamentarisch, bei der Tafel oder in der Asylhilfe führen, organisiert. Im Landesvorstand will ich mich deswegen für eine Mitglieder-Offensive, eine intensive Zusammenarbeit mit Vereinen und Bewegungen sowie den Aufbau von aktiven Strukturen einsetzen.

Landesvorstand (gem.)

Markus Pohle

- 30 Jahre
- KV Meißen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen.

Ich möchte mich nach unserer gemeinsamen politischen Nahtoderfahrung bei dieser Bundestagswahl in den nächsten Landesvorstand einbringen. Ich habe in besagtem Wahlkampf als Direktkandidat im Kreis Meissen wie wir alle versucht, einen engagierten Wahlkampf zu führen. Wir waren mit einem breiten, gut fundierten Programm aufgestellt. Wer sollte uns schon nicht wählen, wenn er oder sie rational danach entscheidet, welches Steuerkonzept ihn oder sie besserstellt? 6500 Brutto, alle darunter müssen für uns sein! Pustekuchen.

Dreißig Jahre Neoliberalismus sind selbstverständlich nicht spurlos an der deutschen und sächsischen Gesellschaft vorbeigegangen. Ein herrschendes System, in dem Jene mit Macht regelmäßig zu Seminaren fahren, in denen ihnen beigebracht wird, wie man durch soziale Spaltung die Schlagkraft der Prekären vermindert, hinterlässt seine Spuren: Vereinzelung, Auflösung von Milleus und gemeinsamer Lebensrealität. So naheliegend es ist, in Folge dieser gesellschaftlichen Aufdröselung zu sagen: „Wir konzentrieren uns auf das, was wir schon kennen!“ so falsch ist es auch. Es ist tief in unserer Geschichte verwurzelt, das wir aufgrund des Umstandes, das wir ohne Wenn und Aber die soziale Frage stellen, verächtlich gemacht werden. In jeder öffentlichen Diskussion ab 20.15 und in den Feuilletons wird zum Kulturkampf geblasen. Die Interessen von Kämpfen gegen das Patriarchat (Ist Gendern der Untergang des Abendlandes?), Erwerbslose gegen Geringverdiener (Arbeit muss sich ja auch lohnen!), Ost gegen West (Ruhrgebiet oder Lausitz?), Alt gegen Jung (Die Schuldenbremse ist Generationengerechtigkeit!), biodeutsch gegen migrantisch (Die nehmen uns die Arbeitsplätze/Sozialleistungen weg!) werden gegeneinander ausgespielt. Übersetzen wir Bismarcks Denkfigur des „vaterlandslosen Gesellen“, unter dessen Zuhilfenahme im Kaiserreich die Sozialistengesetze wortwörtlich durchgeprügelt wurden in die Gegenwart, dann befinden wir uns heute in einer Zeit, in der uns alle politische Arbeit, die nicht auf Anhieb die Mehrheit anspricht, als Sektierertum und irrelevant gebrandmarkt wird. Es ist unsere historische Aufgabe, diesem Narrativ zu widersprechen - als stolze sozialistische, demokratische, ökologische und feministische Partei. So steht es in unserem Gründungspapier. Das geht nur mit einer verbindenden Klassenpolitik, die die Menschen da abholt, wo sie stehen. Beim Kampf um den Aufenthaltstitel genauso wie beim Arbeitsamt, beim Pizza ausfahren, wie am Band und in der Pflege.

Im Landesvorstand möchte ich meine Erfahrungen von Universität bis Koch, von der politschen Arbeit im ländlichen Raum bis zur internationalen Wirtschaftskonferenz einbringen. Mein Herzenprojekt ist, in den nächsten zwei Jahren für unseren Landesverband eine ansprechbare und medial präsente Kommunikations- und Vernetzungstelle für Gewerkschaftsarbeit zu etablieren. Dafür bitte ich um eurer Vertrauen.

Landesvorstand (gem.)

Enrico Stange

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unsere Partei befindet sich in einer dramatischen Krise. Das Ergebnis der Bundestagswahl hat diese Situation offengelegt.

Zugleich haben sich nach dem 26. September SPD, Grüne und FDP auf den Weg zu einer sogenannten Ampelkoalition gemacht, die sie als „Aufbruchs- und Fortschrittsregierung“ verkaufen. Als Antwort auf die Klimakatastrophe und im Kontext sich weiter verschärfender ökonomischer und sozialer Konflikte will dieses Bündnis Hunderte Milliarden Euro für Klimaschutz sowie energetische und industrielle Transformation mobilisieren. Dabei sollen Steuererhöhungen für hohe Einkommen und Vermögen sowie Kreditfinanzierungen ausgeschlossen sein. Stattdessen soll ein Teil der Altersvorsorge in der Gesetzlichen Rentenversicherung nach ihren Plänen in ein kapitalgedecktes Anlagesystem gewandelt und dem Umlagesystem entzogen werden. Die Verwerfungen vor allem für kommende Generationen sind bislang kaum abzusehen. Eines aber dürfte schon jetzt verständlich sein: Das Ganze wird nur über erhebliche Kürzungen zu Ungunsten sozialer Güter und Dienstleistungen und zu Ungunsten einer leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung zu finanzieren sein. Das umreißt die enorme gesellschaftspolitische Aufgabe, vor die unsere Partei gestellt ist.

Ich kandidiere als Mitglied des Landesvorstandes, um die vielfältigen Erfahrungen aus meiner Arbeit als Landtagsabgeordneter für Themen wie Regionalentwicklung, Wirtschaft und Verkehr in unsere Landespolitik einbringen. Auch meine kommunale Erfahrungen als Mitglied des Kreistags und nun als Referent für Wirtschaft, Arbeit, Digitales und Regionalentwicklung bei der Stadtratsfraktion Leipzig möchte ich in die Waagschale werfen.

Alle Analyseversuche und -ansätze, die bislang zur Wahlniederlage übermittelt sind, haben eine ernsthafte, unaufgeregte, sachliche Reflektion verdient. Pauschale Schuldzuweisungen werden unserer tiefen Krise sicher kaum gerecht. Vorschnelle Schlüsse aber ebenso wenig.

Ich möchte gern zu einer sachlichen, die realen Prozesse reflektierenden Herangehensweise an die Analyse unserer Lage und der entsprechenden Ableitungen für Handlungsempfehlungen beitragen. Auf dieser Grundlage müssen wir als Landes- und Bundespartei unsere gesellschaftliche Verankerung vertiefen, um wieder erfolgreich in gesellschaftliche Kämpfe einzugreifen und politische Wirkungsmacht letztlich auch über Parlamente zurück zu gewinnen.

zur Person:

- 53 Jahre alt, verheiratet
- nach Studium und Selbstständigkeit seit 2004 Sprecher der WASG Sachsen, 2007-2009 stellvertretender Landesvorsitzender DIE LINKE
- 11/2005 bis 8/2009 Mitarbeiter für MdB Dr. Axel Troost; 2009-2019 Mitglied des Sächsischen Landtags
- seit 2021 Referent der Stadtratsfraktion Leipzig
- Mitglied ver.di, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Kommunalpolitisches Forum Sachsen e. V.

Bundesausschuss (weibl.)

Cornelia Ernst

zur Person:

- Mitgliedschaft DIE LINKE, GEW
- Europaabgeordnete seit 2009
- Mitglied im Innen- und Industrieausschuss (LIBE, ITRE)
- Gründungsmitglied des Bundesausschusses 2007
- LAG Migration, Sächsischer Flüchtlingsrat, Lausitzer Naturenergie e.G.
- Co-Vorsitzende des Antirassismus-Intergroup im Europaparlament
- Seit Oktober 2019 zuständig für die Beratung der Europapolitischen Sprecher*innen
- Vorsitzende der Iran Delegation des Europaparlamentes

Warum ich für den Bundesausschuss kandidiere:

Der Bundesausschuss ist ein wichtiges Gremium innerhalb unserer Partei. Das Zusammentreffen von Landesverbänden, gerade auch zwischen Ost und West ist ein wichtiges Element innerparteilicher Kommunikation und hat großen Wert für unsere Arbeit. Meine Erfahrung als Europapolitikerin hat mir gezeigt, dass Zusammenarbeit nicht an Ländergrenzen aufhören darf und das Mitdenken, das Einbeziehen unterschiedlichster Erfahrungen immer ein Gewinn ist. Ich möchte mich dafür einsetzen den gemeinsamen Austausch zwischen unterschiedlichsten Akteur:innen weiter zu stärken und Kooperationen fortzuführen.

Als Vertreterin der LINKE. Sachsen ist es mir ein großes Anliegen die sächsischen Perspektiven und Interessen mit in die Debatten im Bundesausschuss zu tragen.

Als Gremium auf Bundesebene ist der Ausschuss eng mit der Europapolitik verbunden. Seit mehreren Jahren berichte ich dort über die Arbeit der Delegation DIE LINKE. im Europäischen Parlament. Das muss fortgesetzt werden. Zugleich wird hier nicht nur die Liste zur Europawahl definiert, sondern ebenso die Wahl in den Parteivorstand der Europäischen Linken.

Wir brauchen europapolitische Perspektiven, gerade in der Verzahnung mit regionalen Politiken. Wir müssen über den eigenen Tellerrand schauen und es spielt sehr wohl eine Rolle, wie wir uns als LINKE in der Europafrage verhalten. Das hat sich immer wieder gezeigt. Gerade deshalb möchte ich mich als sächsische Europaabgeordnete auch weiterhin für eine proeuropäische linke Politik im Bundesausschuss engagieren und mich aktiv in die kommenden Debatten einbringen.

Bundesausschuss (weibl.)

Lisa Umlauft

Mein Name ist Lisa Umlauft (35 Jahre alt, wohnhaft in Leipzig, arbeitend im linXXnet).

Als Stellvertretende Vorsitzende im Stadtbezirksverband-Süd, habe ich mich in den letzten Jahren, vor allem in der Neumitgliederbetreuung eingebracht. Durch persönliche Gespräche und die Einbindung in bestehende Strukturen, ist es uns hier gelungen eine nachhaltige Mitgliederarbeit zu etablieren.

Der Generationswechseln in meiner Basisgruppe in Lößnig, hatte zur Folge, dass ich mich auch als Vorsitzende einer Basisgruppe den altersentsprechenden Herausforderungen jüngerer und älterer Genossen und Genossinnen in der Mitgliederbetreuung stellen musste. Dafür wurde ich mit spannenden Diskussionen zu parteiintern kontrovers diskutierten Themen belohnt.

Miteinander ins Gespräch kommen, dabei auf gleicher Augenhöhe diskutieren, sich über Probleme und deren Lösung auszutauschen und darüber hinaus bundesweit zusammenzuwachsen... darin sehe ich die Hauptaufgaben des Bundesaussschusses.

Um dieses Prozesse weiterhin zu begleiten, kandidiere ich erneut für den Bundesausschuss und bitte ein weiteres Mal um eure Unterstützung.

Landesfinanzrevisionskommission (g.)

Heinz Pingel

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin bereit, für die Landesfinanzrevisions-kommission zu kandidieren.

Wie im Bericht der LFRK festgestellt, haben wir, zunehmend wirksam untereinander und mit den Finanzverantwortlichen abgestimmt, unsere Aufgabe als Gremium wahrgenommen.

Mit diesen Erfahrungen möchte ich auch in den kommenden beiden Jahren dazu beitragen, dass die Finanzmittel effektiv engesetzt werden und die Einnahmen und Ausgaben rechtssicher nachzuweisen sind.

Landesfinanzrevisionskommission (g.)

Bernd Spolwig

- Name: Bernd Spolwig
- Alter: 57 Jahre
- KV: Bautzen

Als ehemaliger Landesschatzmeister habe ich Einblick in die Finanzen des Landesverbandes und der Kreisverbände erhalten. Ich denke, ich kenne die Stärken und Schwächen, die wir im Umgang mit unseren Finanzen haben. Ich möchte helfen, diese Schwächen zu mindern und um Verständnis für den überlegten Umgang mit den Mitgliedsbeiträgen unserer GenossInnen bei allen, die mit Finanzen zu tun haben, werben.

Arbeitsheft 3

Impressum

Herausgeberin: Janina Pfau, Landesgeschäftsführerin
Layout & Satz: Robert Wünsche
Redaktionsschluss: 09.11.2021, 15.00 Uhr